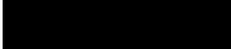


## AUSARBEITUNG

---

**Thema:** **Wahlen, Regierungen und  
Mitgliederentwicklungen der Parteien in  
Deutschland im Zeitraum 1990 bis 2005 unter  
besonderer Berücksichtigung der CSU**

Fachbereich XI                      Geschichte, Zeitgeschichte und Politik

Verfasser/in: 

Abschluss der Arbeit:            24. Februar 2006

Reg.-Nr.:                              WD 1 027/06

---

Ausarbeitungen von Angehörigen der Wissenschaftlichen Dienste geben **nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung** wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung des einzelnen Verfassers und der Fachbereichsleitung. Die Ausarbeitungen sind dazu bestimmt, das Mitglied des Deutschen Bundestages, das sie in Auftrag gegeben hat, bei der Wahrnehmung des Mandats zu unterstützen. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Diese bedürfen der Zustimmung des Direktors beim Deutschen Bundestag.

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
1. Einleitung	6
2. Entwicklung von 1990 bis 2005 auf Bundesebene	8
2.1. Ergebnisse der Bundestagswahlen in Deutschland seit 1990	8
2.2. Zusammensetzung der Bundesregierungen seit 1990	11
2.3. Mitgliederentwicklung der Parteien in Deutschland seit 1990	12
3. Entwicklung von 1990 bis 2005 in den Bundesländern	15
<b>3.1. Baden-Württemberg</b>	<b>15</b>
3.1.1. Ergebnisse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg seit 1990	15
3.1.2. Ergebnisse der Bundestagswahlen in Baden-Württemberg seit 1990	15
3.1.3. Zusammensetzung der Landesregierungen in Baden-Württemberg seit 1990	16
3.1.4. Mitgliederentwicklung der Parteien in Baden-Württemberg seit 1990	16
<b>3.2. Freistaat Bayern</b>	<b>18</b>
3.2.1. Ergebnisse der Landtagswahlen im Freistaat Bayern seit 1990	19
3.2.2. Ergebnisse der Bundestagswahlen im Freistaat Bayern seit 1990	20
3.2.3. Stimmenanteile der CSU an den Gesamtstimmen bei Bundestagswahlen seit 1983	22
3.2.4. Zusammensetzung der Staatsregierungen im Freistaat Bayern seit 1990	23
3.2.5. Mitgliederentwicklung der Parteien im Freistaat Bayern seit 1990	24
<b>3.3. Berlin</b>	<b>26</b>
3.3.1. Ergebnisse der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus seit 1990	26
3.3.2. Ergebnisse der Bundestagswahlen in Berlin seit 1990	26
3.3.3. Zusammensetzung der Senate in Berlin seit 1990	27

3.3.4.	Mitgliederentwicklung der Parteien in Berlin seit 1990	27
<b>3.4.</b>	<b>Brandenburg</b>	29
3.4.1.	Ergebnisse der Landtagswahlen in Brandenburg seit 1990	29
3.4.2.	Ergebnisse der Bundestagswahlen in Brandenburg seit 1990	29
3.4.3.	Zusammensetzung der Landesregierungen in Brandenburg seit 1990	30
3.4.4.	Mitgliederentwicklung der Parteien in Brandenburg seit 1990	30
<b>3.5.</b>	<b>Freie Hansestadt Bremen</b>	32
3.5.1.	Ergebnisse der Bürgerschaftswahlen in der Freien Hansestadt Bremen seit 1990	32
3.5.2.	Bundestagswahlen in der Freien Hansestadt Bremen seit 1990	32
3.5.3.	Zusammensetzung des Senats der Freien Hansestadt Bremen seit 1990	33
3.5.4.	Mitgliederentwicklung der Parteien in der Freien Hansestadt Bremen seit 1990	33
<b>3.6.</b>	<b>Freie und Hansestadt Hamburg</b>	35
3.6.1.	Ergebnisse der Bürgerschaftswahlen in der Freien und Hansestadt Hamburg seit 1990	35
3.6.2.	Ergebnisse der Bundestagswahlen in der Freien und Hansestadt Hamburg seit 1990	35
3.6.3.	Mitgliederentwicklung der Parteien in der Freien und Hansestadt Hamburg seit 1990	36
<b>3.7.</b>	<b>Hessen</b>	38
3.7.1.	Ergebnisse der Landtagswahlen in Hessen seit 1990	38
3.7.2.	Ergebnisse der Bundestagswahlen in Hessen seit 1990	38
3.7.3.	Zusammensetzung der Landesregierungen in Hessen seit 1990	39
3.7.4.	Mitgliederentwicklung der Parteien in Hessen seit 1990	39
<b>3.8.</b>	<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	41
3.8.1.	Ergebnisse der Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990	41
3.8.2.	Ergebnisse der Bundestagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990	41
3.8.3.	Zusammensetzung der Landesregierungen in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990	42

3.8.4.	Mitgliederentwicklung der Parteien in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990	42
<b>3.9.</b>	<b>Niedersachsen</b>	44
3.9.1.	Ergebnisse der Landtagswahlen in Niedersachsen seit 1990	44
3.9.2.	Ergebnisse der Bundestagswahlen in Niedersachsen seit 1990	44
3.9.3.	Zusammensetzung der Landesregierungen in Niedersachsen seit 1990	45
3.9.4.	Mitgliederentwicklung der Parteien in Niedersachsen seit 1990	45
<b>3.10.</b>	<b>Nordrhein-Westfalen</b>	47
3.10.1.	Ergebnisse der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen seit 1990	47
3.10.2.	Ergebnisse der Bundestagswahlen in Nordrhein-Westfalen seit 1990	47
3.10.3.	Zusammensetzung der Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen seit 1990	48
3.10.4.	Mitgliederentwicklung der Parteien in Nordrhein-Westfalen seit 1990	48
<b>3.11.</b>	<b>Rheinland-Pfalz</b>	50
3.11.1.	Ergebnisse der Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz seit 1990	50
3.11.2.	Ergebnisse der Bundestagswahlen in Rheinland-Pfalz seit 1990	50
3.11.3.	Zusammensetzung der Landesregierungen in Rheinland-Pfalz seit 1990	51
3.11.4.	Mitgliederentwicklung der Parteien in Rheinland-Pfalz seit 1990	51
<b>3.12.</b>	<b>Saarland</b>	53
3.12.1.	Ergebnisse der Landtagswahlen im Saarland seit 1990	53
3.12.2.	Ergebnisse der Bundestagswahlen im Saarland seit 1990	53
3.12.3.	Zusammensetzung der Landesregierungen im Saarland seit 1990	53
3.12.4.	Mitgliederentwicklung der Parteien im Saarland seit 1990	54
<b>3.13.</b>	<b>Freistaat Sachsen</b>	55
3.13.1.	Ergebnisse der Landtagswahlen im Freistaat Sachsen seit 1990	55
3.13.2.	Ergebnisse der Bundestagswahlen im Freistaat Sachsen seit 1990	55
3.13.3.	Zusammensetzung der Landesregierungen im Freistaat Sachsen seit 1990	56

3.13.4.	Mitgliederentwicklung der Parteien im Freistaat Sachsen seit 1990	56
<b>3.14.</b>	<b>Sachsen-Anhalt</b>	58
3.14.1.	Ergebnisse der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt seit 1990	58
3.14.2.	Ergebnisse der Bundestagswahlen in Sachsen-Anhalt seit 1990	58
3.14.3.	Zusammensetzung der Landesregierungen in Sachsen-Anhalt seit 1990	59
3.14.4.	Mitgliederentwicklung der Parteien in Sachsen-Anhalt seit 1990	59
<b>3.15.</b>	<b>Schleswig-Holstein</b>	61
3.15.1.	Ergebnisse der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein seit 1990	61
3.15.2.	Ergebnisse der Bundestagswahlen in Schleswig-Holstein seit 1990	61
3.15.3.	Zusammensetzung der Landesregierungen in Schleswig-Holstein seit 1990	62
3.15.4.	Mitgliederentwicklung der Parteien in Schleswig-Holstein seit 1990	62
<b>3.16.</b>	<b>Freistaat Thüringen</b>	64
3.16.1.	Ergebnisse der Landtagswahlen im Freistaat Thüringen seit 1990	64
3.16.2.	Ergebnisse der Bundestagswahlen im Freistaat Thüringen seit 1990	64
3.16.3.	Zusammensetzung der Landesregierungen im Freistaat Thüringen seit 1990	65
3.16.4.	Mitgliederentwicklung der Parteien im Freistaat Thüringen seit 1990	65
4.	Zusammenfassung	67
5.	Literaturverzeichnis	71

## 1. Einleitung

Die Ausarbeitung stellt in überwiegend tabellarischer Form für den Zeitraum von 1990 bis 2005 die Wahlergebnisse aller Bundestags- und Landtagswahlen, die Zusammensetzung aller Landes- und Bundesregierungen sowie die Mitgliedentwicklung der im 16. Deutschen Bundestag vertretenen Parteien sowie der Partei "Arbeit & soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative" („WASG“) vor.

Zu Beginn der Untersuchung werden die Ergebnisse der Bundestagswahlen in Deutschland seit 1990, die Zusammensetzung der Bundesregierungen seit 1990 und die bundesweite Mitgliederentwicklung der Parteien seit 1990 dargestellt und erläutert. Im Hauptteil der Ausarbeitung werden - für jedes der 16 Bundesländer in der Bundesrepublik Deutschland einzeln - die Ergebnisse der Landtagswahlen, die Ergebnisse der Bundestagswahlen, die Zusammensetzung der Landesregierungen und die Mitgliederentwicklung der Parteien seit 1990 mit Hilfe von Tabellen dargestellt. Eine besondere Berücksichtigung findet dabei die Entwicklung der CSU im Freistaat Bayern und im Bundesgebiet. Aus diesem Grund wurden - wie beim bundespolitischen Teil zu Beginn der Ausarbeitung - die in der Länderdarstellung über den Freistaat Bayern enthaltenen Tabellen textlich erläutert. Zudem wurde eine zusätzliche Zusammenstellung über die Ergebnisse der CSU bei den Bundestagswahlen von 1983 bis 2005 integriert. Dabei wurde für jede Bundestagswahl in diesem Zeitraum das Ergebnis der CSU in Bayern, der Anteil der CDU-Stimmen an den Gesamtstimmen im Wahlgebiet und die dazugehörigen Mandate der CSU im Deutschen Bundestag in der jeweiligen Wahlperiode tabellarisch und textlich erläutert.

In der Ausarbeitung wird neben den derzeit im 16. Deutschen Bundestag vertretenen Parteien CDU, CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Linkspartei.PDS auch die WASG berücksichtigt. Zum einen streben Linkspartei.PDS und WASG mittelfristig eine Fusion beider Parteien zu einer bundesweiten Linkspartei an. Zum anderen kam es zwischen beiden Parteien für die Bundestagswahl 2005 zu politischen Absprachen zwischen den Parteiführungen Die PDS nannte sich im Juli 2005 in Linkspartei.PDS um und öffnete sich auf ihren Landeslisten für die Bundestagswahl 2005 Kandidaten der WASG. Die WASG wiederum verzichtete zugunsten der Linkspartei.PDS für die Bundestagswahl 2005 auf eine eigene Teilnahme. Die Fraktion der Linkspartei.PDS im neuen Deutschen Bundestag vereinigt nach ihrem Einzug ins Parlament zahlreiche Mitglieder der WASG in ihren Reihen. Beide Parteien sehen in der Fraktion der Linkspartei.PDS im Deutschen Bundestag eine gemeinsame Fraktion von Linkspartei.PDS und WASG.

Andere aktuell in den Länderparlamenten vertretenen Parteien - wie zum Beispiel die im Landtag von Sachsen vertretene Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD),

die Deutsche Volksunion (DVU) im Landtag von Brandenburg oder der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) im Landtag von Schleswig-Holstein wurden nicht in die Untersuchung einbezogen. Das gilt auch für alle anderen Parteien, die im Untersuchungszeitraum 1990 bis 2005 neben CDU, CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Linkspartei.PDS und WASG in den Länderparlamenten vertreten waren.

Im Schlussteil der Ausarbeitung werden die wichtigsten Ergebnisse zusammengetragen. Die Namen einiger Parteien haben sich im Untersuchungszeitraum geändert. Dies gilt für Bündnis 90/Die Grünen und für die Linkspartei.PDS. Erstere trägt den Namen seit dem Jahr 1993, als sich am 14. Mai 1993 die gesamtdeutschen „Die Grünen“ mit dem aus der DDR-Bürgerrechtsbewegung entstandenen „Bündnis 90“ zur gesamtdeutschen Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ vereinigten.<sup>1</sup> Die PDS hat sich im Vorfeld der Bundestagswahl 2005 auf ihrem Parteitag am 17. Juli 2005 in Berlin in „Linkspartei.PDS“ umbenannt. Der Name gilt bundesweit, allerdings steht es den einzelnen Landesverbänden der Partei frei, den Zusatz PDS zu verwenden.<sup>2</sup> In der Kurzbezeichnung benutzt die Partei den Namen „Die Linke.PDS“ oder „Die Linke“. Die Fraktion im 16. Deutschen Bundestag trägt den Namen „Die Linke. Im Bundestag“. Linkspartei.PDS als auch Bündnis 90/Die Grünen werden in den tabellarischen Darstellungen mit ihrem heutigen Namen klassifiziert.

Zum Teil benutzen die Landesverbände von Bündnis 90/Die Grünen und der FDP und/oder deren Fraktionen noch Zusätze zum bundesweit geltenden Namen. In den Stadtstaaten konnte bzw. kann dies der Namenszusatz „Grüne Alternative Liste“ (GAL) bzw. „Alternative Liste“ sein. Der Hamburger Landesverband heißt gegenwärtig zum Beispiel „Bündnis 90/Die Grünen GAL Hamburg“. Der Landesverband der FDP in Baden-Württemberg führt den Namen „Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei (FDP/DVP).

---

1 Bündnis 90/Die Grünen-Bundesgeschäftsstelle 2006b: 1

2 Linkspartei.PDS-Bundesgeschäftsstelle 2005: 1

## 2. Entwicklung von 1990 bis 2005 auf Bundesebene

### 2.1. Ergebnisse der Bundestagswahlen in Deutschland seit 1990<sup>3</sup>

Wahltag	Wahlbeteiligung	CDU/CSU	SPD	FDP	B90/Die Grünen <sup>4</sup>	Linkspartei.PDS	WASG <sup>5</sup>
02.12.1990	77,8 %	43,8 %	33,5 %	11,0 %	5,0 %	2,4 %	–
16.10.1994	79,0 %	41,4 %	36,4 %	6,9 %	7,3 %	4,4 %	–
27.09.1998	82,2 %	35,1 %	40,9 %	6,2 %	6,7 %	5,1 %	–
22.09.2002	79,1 %	38,5 %	38,5 %	7,4 %	8,6 %	4,0 %	–
18.09.2005	77,7 %	35,2 %	34,2 %	9,8 %	8,1 %	8,7 %	–

Die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 gewann die - seit 1983 bereits in der alten Bundesrepublik - regierende Koalition aus CDU, CSU und FDP. Im 12. Deutschen Bundestag besaß die Koalition mit einem Stimmenanteil von 54,8 Prozent einen Vorsprung von 134 Mandaten.<sup>6</sup> Bei dieser Wahl, die knapp zwei Monate nach der deutschen Vereinigung stattfand, war nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts das Wahlgebiet der Bundesrepublik Deutschland in ein Wahlgebiet West und ein Wahlgebiet Ost eingeteilt sowie eine getrennte 5-Prozent-Klausel eingeführt worden.<sup>7</sup> Bei der Mandatsverteilung wurden die Parteien berücksichtigt, die entweder in den alten Ländern und Berlin-West oder in den neuen Ländern einschließlich Berlin-Ost mehr als fünf Prozent der Zweitstimmen erhielten. Zudem konnten Parteien und andere politische Vereinigungen mit Sitz in den neuen Ländern und Berlin-Ost gemeinsame Wahlvorschläge einreichen.<sup>8</sup> Dadurch war es den ostdeutschen Parteien und Vereinigungen möglich, mit der Überwindung der 5-Prozent-Klausel im Wahlgebiet Ost in den ersten gesamtdeutschen Bundestag zu gelangen.

Die Unionsparteien, die im gesamten Wahlgebiet auf 43,8 Prozent kamen, erzielten 44,3 Prozent im Wahlgebiet West und 41,8 Prozent im Wahlgebiet Ost. Die CDU wurde mit 36,7 Prozent stärkste Partei in Deutschland. Die CSU erzielte 7,1 Prozent. Auf die SPD

3 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2005a: 1; Bundeswahlleiter 2005a:1; Election.de 2006a

4 Bei der Wahl am 2.12.90 trat die Partei nicht gesamtdeutsch an; bis 1993 war der Name der Partei „Die Grünen“; 1993 erfolgte der Zusammenschluss mit Bündnis 90/Die Grünen

5 Kein eigene Teilnahme der Partei bei der Bundestagswahl 2005; Kandidaten der Partei auf den Listenlisten der Linkspartei.PDS

6 Woyke 2005: 62

7 Neu 2002: 5

8 Woyke 2005: 60/61

entfielen 33,5 Prozent der Stimmen. Sie erreichte in den alten Ländern 35,7 Prozent und in den neuen Ländern 24,3 Prozent. Die FDP erzielte gesamtdeutsch 11,0 Prozent der Stimmen. Im Wahlgebiet West erreichte sie 10,6 Prozent und im Wahlgebiet Ost 12,9 Prozent. Die Grünen (West) waren keine Listenverbindung mit den ostdeutschen Grünen eingegangen. Beide Parteien traten getrennt an. Die westdeutschen Grünen scheiterten mit 4,8 Prozent der Zweitstimmen im Wahlgebiet West an der 5-Prozent-Klausel. Im Wahlgebiet Ost erreichte eine Listenverbindung der Bürgerrechtsbewegungen unter dem Namen „Bündnis 90/Grüne“ 6,2 Prozent der Stimmen. Im Gegensatz zu den westdeutschen Grünen zogen sie aufgrund der gesonderten 5-Prozent-Klausel in den ersten gesamtdeutschen Bundestag ein. Für das gesamte Wahlgebiet entfielen auf die getrennt angetretenen Grünen und Bündnis 90/Die Grünen 5,0 Prozent der Stimmen. Für die westdeutschen Grünen wurden - gesamtdeutsch betrachtet - 3,8 Prozent der Stimmen und für die ostdeutsche Listenverbindung Bündnis 90/Die Grünen 1,2 Prozent abgegeben. Das gesamtdeutsche Ergebnis der PDS lag bei der Bundestagswahl 1990 bei 2,4 Prozent. Die Partei kandidierte im Wahlgebiet West unter den Namen PDS/Linke Liste. Die Partei erreichte 0,3 Prozent im Wahlgebiet West und 11,1 Prozent im Wahlgebiet Ost. Durch die Überwindung der 5-Prozent-Klausel im Wahlgebiet Ost zog die PDS in den ersten gesamtdeutschen Bundestag ein.<sup>9</sup>

Die Bundestagswahl am 16. Oktober 1994 zum 13. Deutschen Bundestag konnte die amtierende Koalition von CDU/CSU und FDP mit einem knappen Vorsprung - 0,3 Prozentpunkte - knapp gewinnen. Die Unionsparteien erhielten zusammen 41,5 Prozent und die FDP 6,9 Prozent. Beide Parteien verzeichneten im Vergleich zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Jahr 1990 Verluste von 2,3 Prozentpunkten bzw. 4,1 Prozentpunkte. Die SPD erzielte einen Zugewinn von 2,9 Prozentpunkten und erreichte 36,4 Prozent. Bündnis 90/Die Grünen wurden mit einem Zuwachs von 2,2 Prozentpunkten und 7,3 Prozent der Stimmen drittstärkste Fraktion im Deutschen Bundestag. Die PDS erzielte gesamtdeutsch 4,4 Prozent. Sie konnte sich um zwei Prozentpunkte steigern. Durch den Gewinn von vier Direktmandaten zog sie in Gruppenstärke in den 13. Deutschen Bundestag ein. Die Koalition aus CDU, CSU und FDP verfügte im 13. Deutschen Bundestag über eine Mehrheit von zehn Mandaten gegenüber den Oppositionsparteien.<sup>10</sup>

Bei der Wahl zum 14. Deutschen Bundestag, die am 27. September 1998 stattfand, verlor die Koalition aus CDU/CSU und FDP ihre parlamentarische Mehrheit. CDU/CSU erzielten zusammen 35,2 Prozent und die FDP 6,2 Prozent. Die SPD wurde - zum zweiten Mal nach 1972 - mit 40,9 Prozent und einem Zuwachs von 4,5 Prozentpunkten stärkste politische Kraft in der Bundesrepublik. Bündnis 90/Die Grünen erreichten 6,7 Prozent. Sie verloren damit im Vergleich zur Wahl 1994 0,5 Prozentpunkte.

---

9 Woyke 2005: 62/63; Election.de 2005a: 1; Bundeswahlleiter 2006b: 1

10 Woyke 2005: 63-65; Election.de 2005a

Der PDS gelang mit 5,1 Prozent und einem Zuwachs von 0,7 Prozentpunkten der erstmalige Einzug in den Deutschen Bundestag in Fraktionsstärke<sup>11</sup> Die erste rot-grüne Koalition in Deutschland verfügte über eine Mehrheit von 21 Sitzen gegenüber der Opposition. Mit der Bundestagswahl 1998 kam es erstmals in der Parlamentsgeschichte der Bundesrepublik zu einer vollständigen Abwahl einer Regierung und der sie tragenden Koalitionsparteien. Bis dahin war es immer nur zu einem Austausch von einem der beiden Koalitionspartner gekommen. Zudem übernahm die Partei Bündnis 90/Die Grünen zum ersten Mal überhaupt auf Bundesebene Regierungsverantwortung.<sup>12</sup>

Bei den Bundestagswahlen zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002 wurde die bestehende Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen knapp bestätigt. Die SPD erreichte 38,5 Prozent und damit 2,4 Prozentpunkte weniger als 1998. Bündnis 90/Die Grünen konnten sich um 1,9 Prozentpunkte auf 8,6 Prozent steigern. CDU/CSU erhielten zusammen 38,5 Prozent und damit 3,4 Prozentpunkte mehr als bei der vorgegangenen Wahl. Dabei entfielen bundesweit auf die CDU 29,5 Prozent und auf die CSU neun Prozent der Stimmen. Die FDP konnte sich um 1,2 Prozentpunkte auf 7,4 Prozent steigern. Der PDS verfehlte mit vier Prozent und Verlusten von 1,1 Prozentpunkten den Einzug in den Deutschen Bundestag. In Berlin gelang zwei PDS-Direktkandidatinnen der Einzug in den Bundestag. Die rot-grüne Koalition besaß im 15. Deutschen Bundestag eine Mehrheit von neun Sitzen gegenüber der Opposition. Allerdings lag sie nur vier Stimmen über der so genannten Kanzlermehrheit.<sup>13</sup>

Die Wahlen zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005 brachten einen Verlust der seit 1998 regierenden Koalition von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit sich. Die SPD erreichte 34,2 Prozent und verlor im Vergleich zu 2002 4,3 Prozentpunkte. Der bisherige Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen verlor 0,5 Prozentpunkte und erzielte 8,1 Prozent der Stimmen. Die CDU wurde mit einem Zweitstimmenanteil von 27,8 Prozent zweitstärkste Partei auf Bundesebene. Zusammen mit der CSU, die in Bayern 49,2 Prozent der abgegebenen Stimmen - bundesweit 7,4 Prozent - erreichte, kamen die Unionsparteien in ganz Deutschland auf 35,2 Prozent der Stimmen. Damit wurden die Unionsparteien erstmals seit 1994 wieder stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag.<sup>14</sup> Die FDP erhielt mit einem Zuwachs von 2,4 Prozentpunkten bei der Wahl 2005 9,8 Prozent aller abgegebenen Zweitstimmen. Damit stellt sie nach CDU/CSU und SPD die drittstärkste Fraktion im 16. Deutschen Bundestag. Die Linkspartei.PDS erzielte bei der Bundestagswahl 2005 8,7 Prozent der Zweitstimmen. Ihr Zuwachs von vier Prozentpunkten gegenüber der Wahl im Jahr 2002 war der größte Zuwachs aller im Parlament vertretenen Parteien. Damit zog die Partei zum zweiten Mal nach 1998 wie-

---

11 Feldkamp 2005: 17-18; Woyke 2005: 67-69

12 Woyke 2005: 65-67; Bundeswahlleiter 2006a: 1; von Alemann 2001: 72

13 Feldkamp 2005: 17; Schorn; von Schwartzberg 2005: 1156-1158

14 Schorn; von Schwartzberg 2005: 1156-1161

der in Fraktionsstärke in den Bundestag ein, nachdem sie bei der Wahl 2002 an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war.<sup>15</sup>

CDU, CSU und SPD gingen als Ergebnis der Bundestagswahl 2005 unter Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Große Koalition ein. Eine Mehrheit für eine aus CDU, CSU und FDP bestehende Koalition hat es auf Bundesebene das letzte Mal bei der Bundestagswahl 1994 gegeben. Seit der Bundestagswahl 1998 besitzen die Parteien links der Mitte (SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Linkspartei.PDS) gegenüber den Unionsparteien und der FDP eine strukturelle Mehrheit.

## 2.2. Zusammensetzung der Bundesregierungen seit 1990<sup>16</sup>

Wahlperiode	Dauer	Regierungspartei (en)	Bundeskanzler/in
12. Wahlperiode	1990 - 1994	CDU, CSU, FDP	Helmut Kohl (CDU)
13. Wahlperiode	1994 - 1998	CDU, CSU, FDP	Helmut Kohl (CDU)
14. Wahlperiode	1998 - 2002	SPD, B90/Die Grünen	Gerhard Schröder (SPD)
15. Wahlperiode	2002 - 2005	SPD, B90/Die Grünen	Gerhard Schröder (SPD)
16. Wahlperiode	2005 -	CDU, CSU, SPD	Angela Merkel (CDU)

Seit der Deutschen Einheit im Jahr 1990 fanden fünf Bundestagswahlen statt. Als Ergebnis der Bundestagswahl 1990 bildeten CDU, CSU und FDP unter Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) eine gemeinsame Koalition, die 1994 bestätigt wurde und bis zum Jahr 1998 Bestand hatte. Im Jahr 1998 verlor die „bürgerliche“ Koalition unter Helmut Kohl die Bundestagswahlen. Sie wurde von einer Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) abgelöst. Bei den Bundestagswahlen 2002 konnte sich die rot-grüne Koalition mit knappem Vorsprung behaupten. Nach der vorgezogenen Bundestagswahl 2005, bei der SPD und Bündnis 90/Die Grünen ihre Mehrheit verloren, kam es zur Bildung einer Großen Koalition zwischen CDU, CSU und SPD unter Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU).

---

15 Der Bundeswahlleiter 2005a: 1; Election.de 2006a

16 Woyke 2005: 60-69; Election.de 2005a; Kropp 2001: 342

2.3. Mitgliederentwicklung der Parteien in Deutschland seit 1990<sup>17</sup>

Jahr	CDU <sup>18</sup>	SPD	CSU	FDP	B90/Die Grünen <sup>19</sup>	Links- par- tei.PDS <sup>20</sup>	WASG <sup>21</sup>
1990	658.411	943.402	186.198	178.625	41.316	280.882	-
1991	751.163	919.871	184.513	137.833	38.873	172.579	-
1992	713.846	885.958	181.757	103.488	36.320	146.742	-
1993	685.343	861.480	177.289	94.197	39.761	131.406	-
1994	671.497	849.374	176.250	87.992	43.899	123.751	-
1995	657.643	817.650	179.647	80.431	46.410	114.940	-
1996	645.786	792.773	179.312	75.038	48.034	105.029	-
1997	631.700	776.183	178.457	69.621	48.980	98.624	-
1998	626.342	775.036	179.520	67.897	51.812	94.627	-
1999	638.056	755.066	181.873	64.407	49.488	88.594	-
2000	616.722	734.667	178.347	62.721	46.631	83.475	-
2001	604.135	717.513	177.036	64.063	44.053	77.845	-
2002	594.391	693.894	177.705	66.560	43.795	70.805	-
2003	587.244	650.798	176.989	65.192	44.052	65.753	-
2004	579.526	605.807	172.855	64.146	44.322	61.107	-
2005	571.881	590.485	170.083	65.022	45.112 <sup>22</sup>	- <sup>23</sup>	11.555

17 Niedermayer 2005: 2; 

18 Das Jahr 1990 enthält nicht die Mitgliederzahlen der ostdeutschen CDU-Landesverbände, da bis dahin nur wenige ostdeutsche Mitglieder in der Mitgliederdatei der CDU-Bundesgeschäftsstelle erfasst waren

19 Von 1990 bis 1993 war der Landesverband Sachsen nicht Mitglied im Bundesverband der Partei. Im Jahr 1993 erfolgte die Fusion von Die Grünen und Bündnis 90 zu einer gesamtdeutschen Partei. Die Angaben für das Jahr 2005 sind laut Bundesgeschäftsstelle vorläufige Zahlen

20 Im Jahr 1990 existierten noch keine westdeutschen Landesverbände; für das Jahr 2005 liegen über die Mitgliederzahlen der PDS.Linkspartei laut Bundesgeschäftsstelle noch keine Information vor

21 Die Gründung der Partei erfolgte im Jahr 2005

22 Laut Bundesgeschäftsstelle sind die Daten für das Jahr 2005 noch vorläufig

23 Laut Bundesgeschäftsstelle sind die Daten für das Jahr 2005 noch nicht vorhanden

Mit Ausnahme von Bündnis 90/Die Grünen und der im Jahr 2005 neu gegründeten WASG haben alle derzeit im Deutschen Bundestages vertretenen Parteien seit dem Jahr 1990 einen Mitgliederrückgang zu verzeichnen. Seit 1990 herrscht in der Bundesrepublik eine Mitgliederrezession.<sup>24</sup> Durch die neuen ostdeutschen Mitgliederverbände der Parteien, insbesondere durch die PDS und die Fusionen von CDU und FDP mit den ehemaligen DDR-Blockparteien, waren 1990/91 die gesamtdeutschen Mitgliederzahlen im Vergleich zum Jahr 1989 deutlich angestiegen. Schätzungsweise 389.000 Mitglieder, ein Anstieg um über 20 Prozent, betrug der Buchungsgewinn bei der ersten gesamtdeutschen Mitgliederbilanz im Vergleich zu den Mitgliedschaften der Parteien in der alten Bundesrepublik im Jahr 1989.<sup>25</sup> Bereits Anfang der neunziger Jahre verließen überproportional viele Mitglieder dieser Landesverbände von CDU, FDP und PDS in Ostdeutschland die Partei. Alleine die PDS verlor zwischen 1990 und 1992 mehr als 134.000 Mitglieder.

Die SPD war im Jahr 2005 mit rund 590.000 Mitgliedern die mitgliederstärkste Partei in Deutschland. Im Zeitraum 1990 (1990: rund 943.000 Mitglieder) bis 2005 verlor sie fast 353.000 Mitglieder, davon seit der Regierungsübernahme im Bund im Jahr 1998 über 184.000 Mitglieder. Das ist der stärkste Rückgang aller Parteien in absoluten Zahlen. Prozentual verlor sie bis zum Jahr 2005 mehr als 37 Prozent ihrer Mitglieder. Sofern dieser Trend bei der SPD anhalten sollte, könnte die CDU die SPD kurz- oder mittelfristig als mitgliederstärkste Partei in Deutschland ablösen.<sup>26</sup> Zweitstärkste Partei in der Bundesrepublik ist die CDU mit annähernd 572.000 Mitgliedern. Die CDU hatte seit 1991 (1991: rund 751.000 Mitglieder), als die ostdeutschen Landesverbände erstmals exakt statistisch erfasst wurden, einen Mitgliederrückgang von mehr als 179.000 Mitgliedern zu verzeichnen. Das ist ein Rückgang um mehr als 27 Prozent. Nach SPD und CDU ist die CSU die Partei mit den meisten Mitgliedern in Deutschland. Sie verlor im Untersuchungszeitraum 1990 bis 2005 rund 16.000 Mitglieder, doch fiel der Rückgang mit fast neun Prozent im Vergleich zu den anderen Parteien geringer aus. Im Gegensatz zur alten Bundesrepublik, wo die SPD über Jahrzehnte von ihrer Mitgliederzahl her stärker als CDU und CSU zusammen war, sind die Unionsparteien zusammen jetzt deutlich stärker - mehr als 151.000 Mitglieder - als die SPD. Die FDP hat seit 1990 fast 114.000 Mitgliedern verloren. Das entspricht einem Rückgang von über 63 Prozent. Da der Mitgliederrückgang bei der Linkspartei.PDS im selben Zeitraum stärker ausfiel, ist die FDP seit dem Jahr 2004 nach SPD, CDU und CSU bei den Mitgliedern die viertstärkste Partei in Deutschland. Im Jahr 2005 besaß sie rund 65.000 Mitglieder. Die Linkspartei.PDS hat von 1990 bis 2004 einen Mitgliederverlust von fast 220.000 Personen zu verzeichnen. Damit verlor sie mehr als 78 Prozent ihrer Mitglieder von 1990. Das ist der stärkste prozentuale Rückgang aller im Deutschen Bundestag vertretenen

---

24 Wiesendahl 2006: 35

25 Wiesendahl 2006: 35

26 Wiesendahl 2006: 36

Parteien. Ende 2004, neuere Zahlen liegen noch nicht vor, besaß die Partei rund 61.000 Mitglieder. Die Partei Bündnis 90/Die Grünen konnte seit 1990 ihre Mitgliedschaft um rund 3800 Personen erhöhen. Die Partei hat derzeit rund 45.000 Mitglieder. In den Jahren 1992 bis 1998 verzeichnete die Partei einen deutlich Mitgliederzuwachs von über 15.000 Personen, der zahlenmäßig deutlich über die im Jahr 1993 durch die Fusion zugestoßenen Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen hinausging. In der Regierungszeit von 1998 bis 2005 verlor die Partei dann annähernd 6700 Mitglieder. Die WASG, die eine Fusion mit der Linkspartei.PDS anstrebt, konnte im Jahr ihrer Gründung 11.555 Mitglieder für sich verbuchen. Davon kamen die meisten Mitglieder aus dem früheren Bundesgebiet. Dagegen ist die Linkspartei.PDS fast nur in Ostdeutschland präsent.

### 3. Entwicklung von 1990 bis 2005 in den Bundesländern

#### 3.1. Baden-Württemberg

##### 3.1.1. Ergebnisse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg seit 1990<sup>27</sup>

Wahltag	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP (/DVP)	B90/ Die Grünen	Linkspartei. PDS <sup>28</sup>	WASG <sup>29</sup>
05.04.1992	70,1 %	39,6 %	29,4 %	5,9 %	9,5 %	-	-
24.03.1996	67,6 %	41,3 %	25,1 %	9,6 %	12,1 %	-	-
25.03.2001	62,6 %	44,8 %	33,3 %	8,1 %	7,7 %	-	-

##### 3.1.2. Ergebnisse der Bundestagswahlen in Baden-Württemberg seit 1990<sup>30</sup>

Wahltag	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP (/DVP)	B90/ Die Grünen	Linkspartei. PDS	WASG <sup>31</sup>
02.12.1990	77,4 %	46,5 %	29,1 %	12,3 %	5,7 %	0,3 %	-
16.10.1994	79,7 %	43,3 %	30,7 %	9,9 %	9,6 %	0,8 %	-
27.09.1998	83,1 %	37,8 %	35,6 %	8,8 %	9,2 %	1,0 %	-
22.09.2002	81,1 %	42,8 %	33,5 %	7,8 %	11,4 %	0,9 %	-
18.09.2005	78,7 %	39,2 %	30,1 %	11,9 %	10,7 %	3,8 %	

27 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2005b: 1

28 Keine Teilnahme der Partei an den Landtagswahlen in Baden-Württemberg

29 Keine Teilnahme der Partei an den Landtagswahlen in Baden-Württemberg

30 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2005b: 1; Schorn; von Schwartzberg 2005: 1157

31 Keine Teilnahme der Partei an Bundestagswahlen

3.1.3. Zusammensetzung der Landesregierungen in Baden-Württemberg seit 1990<sup>32</sup>

Wahlperiode	Dauer	Regierungspartei (en)	Ministerpräsident/in <sup>33</sup>
10. Wahlperiode	1988 - 1992	CDU CDU	Lothar Späth (CDU) Erwin Teufel (CDU)
11. Wahlperiode	1992 - 1996	CDU, SPD	Erwin Teufel (CDU)
12. Wahlperiode	1996 - 2001	CDU, FDP/DVP	Erwin Teufel (CDU)
13. Wahlperiode	2001 - 2006	CDU, FDP/DVP	Erwin Teufel (CDU) Günter Oettinger (CDU)

3.1.4. Mitgliederentwicklung der Parteien in Baden-Württemberg seit 1990<sup>34</sup>

Jahr	CDU	SPD	FDP/DVP	B90/Die Grünen	Linkspartei.PDS	WASG <sup>35</sup>
1990	91.791	66.437	7.496	6.007	- <sup>36</sup>	-
1991	90.744	64.535	7.309	5.797	109	-
1992	87.927	61.856	7.117	5.460	065	-
1993	85.787	59.611	6.904	5.635	102	-
1994	85.274	58.852	6.863	6.252	188	-
1995	85.776	56.300	6.758	6.684	206	-
1996	84.378	53.920	6.687	6.899	209	-
1997	83.047	52.360	6.445	7.052	266	-
1998	82.270	52.332	6.433	7.378	306	-
1999	84.405	51.156	6.477	7.372	404	-
2000	81.782	50.784	6.622	7.164	410	-
2001	81.130	50.077	6.858	6.695	433	-
2002	80.706	49.243	7.113	6.722	499	-

32 Wehling 2002: 27-29; Election.de 2006b; Kropp 2001: 342

33 Amtsantritt von Teufel am 22. Januar 1991 und von Oettinger am 21. Mai 2005

34 Niedermayer 2005: 3-7; 

35 Gründung im Jahr 2005

36 Kein Landesverband im Jahr 1990 vorhanden

2003	79.492	47.011	7.046	6.651	470	-
2004	78.961	44.948	7.095	6.640	466	-
2005	78.901	44.363	7.299	6.773 <sub>37</sub>	_ <sup>38</sup>	1.244

---

37 Laut Bundesgeschäftsstelle für das Jahr 2005 vorläufige Zahlen

38 Laut Bundesgeschäftsstelle noch keine Daten für das Jahr 2005 vorhanden

### 3.2. Freistaat Bayern

Innerhalb des Parteiensystem Bayerns als auch im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland nimmt die CSU eine besondere Rolle ein.<sup>39</sup> In Bayern ist sie seit mehreren Jahrzehnten alleinige Regierungspartei, die bei Landtagswahlen stets über 50 Prozent der Stimmen erzielt und in allen Wählerschichten der Bevölkerung dabei hohen Zuspruch erfährt. Der Abstand zur größten Oppositionspartei SPD liegt in der Regel bei Landtagswahlen zwischen 20 und 30 Prozentpunkten. Eine derartige politische Dominanz einer Partei existiert in keinem anderen Bundesland.

Zum anderen ist die CSU auch eine Partei mit bundesweitem Anspruch. Keine Partei eines anderen Bundeslandes verfügt über eine derartige exponierte Stellung im Deutschen Bundestag. Durch die Konstruktion der Fraktionsgemeinschaft mit der CDU im Deutschen Bundestag, die seit der ersten Wahlperiode 1949 Bestand hat, hat die CSU als bayerische Landespartei direkten Einfluss auf die Bundespolitik. In der Geschichte der Bundesrepublik war sie – gemeinsam mit der CDU - an der Mehrzahl der Bundesregierungen als eigenständiger Koalitionspartner beteiligt gewesen. Der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU im Deutschen Bundestag liegt das Prinzip zugrunde, dass bei Bundestagswahlen in Bayern von Seiten der Union ausschließlich die CSU und in allen anderen Ländern ausschließlich die CDU kandidiert. Die Doppelrolle als bayerische Landespartei und Bundespartei verschafft der CSU nicht nur gestaltenden Einfluss auf die Bundespolitik, sondern auch Vorteile im Parteienwettbewerb Bayerns. In ihrer Funktion als Bundespartei und in der Regel als Regierungspartner in einem Regierungsbündnis auf Bundesebene bewegen sich die führenden Repräsentanten der bayerischen CSU auf gleicher Augenhöhe wie die Repräsentanten des bundespolitischen Spitzenpersonals der anderen Parteien. Dadurch ist der CSU in Bayern eine hohe mediale Aufmerksamkeit gesichert. Sie kann sich mit der bundespolitischen Rolle im Rücken innerhalb der Wahlbevölkerung als die Hauptvertreterin bayerischer Interessen darstellen.<sup>40</sup>

Hauptvoraussetzung für diese besondere Rolle als Landes- und Bundespartei ist ihre Vormachtstellung in Bayern in Form stetiger absoluter Mehrheiten. Nur die Alleinregierung im Freistaat garantiert ihr auch die besondere bundespolitische Rolle.<sup>41</sup> Der Verlust der absoluten Mehrheit könnte die Existenzberechtigung als eigenständige Partei neben der CDU gefährden. Zum anderen ist der Erfolg der CSU in Bayern als dominante Partei des Parteiensystems des Freistaates von ihrem Einfluss auf die Bundespolitik

---

39 Kießling 2005a: 373

40 Kießling 2005a: 376; Kiesßling 2004: 89

41 Kießling 2005a: 377 ; Fahrenholz 2005: 1

abhängig. Nur eine eigenständige Rolle auf Bundesebene sichert ihr die Möglichkeit, sich als Sachverwalter bayerischer Interessen zu präsentieren.

### 3.2.1. Ergebnisse der Landtagswahlen im Freistaat Bayern seit 1990<sup>42</sup>

Wahltag	Wahlbeteiligung	CSU	SPD	FDP	B90/ Die Grünen	Linkspartei. PDS <sup>43</sup>	WASG <sup>44</sup>
14.10.1990	65,9 %	54,9 %	26,0 %	5,2 %	6,4 %	-	-
25.09.1994	67,8 %	52,8 %	30,0 %	2,8 %	6,1 %	-	-
13.09.1998	69,8 %	52,9 %	28,7 %	1,7 %	5,7 %	-	-
21.09.2003	57,1 %	60,7 %	19,6 %	2,6 %	7,7 %	-	-

Bei den Landtagswahlen 1990, 1994, 1998 und 2003 erreichte die CSU stets über 50 Stimmen der abgegebenen gültigen Stimmen. Die Partei erreichte bei den Landtagswahlen 1990 127 der 204 Sitze im bayerischen Parlament, im Jahr 1994 120 der 204 Sitze, im Jahr 1998 123 von 204 und bei den Landtagswahlen 2003 124 von insgesamt 180 Sitzen. Mit dem Ergebnis von 60,7 Prozent bei der letzten Landtagswahl im Jahr 2003 erreichte die CSU ihr zweitbestes Ergebnis seit 1946. Es war das bisher erste Mal, dass eine Partei in einem Parlament der Bundesrepublik eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Sitze errang.<sup>45</sup>

Zweitstärkste politische Kraft bei den Landtagswahlen seit 1990 war die bayerische SPD. Mit Ausnahme der Wahl im Jahr 1994 blieb sie bei allen Landtagswahlen unter der 30-Prozent-Grenze, bei der der Landtagswahl im Jahr 2003 sogar unter der 20-Prozent-Schwelle. Seit 1994 geht ihr Stimmenanteil bei Landtagswahlen kontinuierlich zurück. Die Nr. 3 im bayerischen Parteiensystem ist die Partei Bündnis 90/Die Grünen. Der Partei gelang seit 1990 stets der Einzug ins Parlament. Bewegten sich Bündnis 90/Die Grünen in den neunziger Jahren stets um die Sechs-Prozent-Marke, so gelang der Partei bei den Landtagswahlen 2003 mit 7,7 Prozent das bisher beste Ergebnis bei bayerischen Landtagswahlen seit 1990. Mit Ausnahme der Landtagswahl 1990 gelang der FDP als vierte Kraft im Freistaat kein Einzug ins Maximilianeum.

Hinter den absoluten Mehrheiten der CSU und der zum Ausdruck kommenden Hegemonie der Partei innerhalb des bayerischen Parteiensystems verstecken sich neue Herausforderungen. Spätestens mit der der Landtagswahl 2003, bei der die CSU über 60 Prozent der Stimmen errang, sind auch Veränderungen in der bayerischen Wahlbevöl-

42 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2005c: 1

43 Keine Teilnahme der Partei an den Landtagswahlen im Freistaat Bayern

44 Keine Teilnahme der Partei an den Landtagswahlen im Freistaat Bayern

45 Hanns-Seidel-Stiftung 2004: 28-34; Kießling 2005a: 381

kerung aufgetreten, die auf den ersten Blick durch den deutlichen Sieg der CSU verdeckt wurden. Zum einen sank die Wahlbeteiligung auf ein Rekordminus von rund 57 Prozent. Im Vergleich zu den Landtagswahlen zuvor verlor die CSU an absoluten Stimmen. Ferner nahm die Zahl der Wähler zu, die sich von den bisherigen im Parlament befindlichen Parteien - einschließlich der CSU – nicht mehr ausreichend vertreten fühlen. So erreichten die Freien Wähler vier Prozent, die FDP 2,6 Prozent, die Republikaner 2,2 Prozent und die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) 2,0 Prozent der Stimmen.<sup>46</sup> Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass bei den nächsten Landtagswahlen eine oder vielleicht zwei dieser Parteien den Sprung über die 5-Prozent-Hürde schaffen könnten. Gleiches gilt für die Linkspartei.PDS und die WASG. Die Linkspartei.PDS erreichte bei der Bundestagswahl über drei Prozent der Stimmen. Zudem stammt einer der bundespolitischen Hauptrepräsentanten der WASG, der Bundestagsabgeordnete und IG-Metall-Gewerkschaftsfunktionär Klaus Ernst, aus Bayern. Ferner befindet sich die Bundesgeschäftsstelle der WASG in Fürth.

Bisher konnte von der Volatilität im bayerischen Parteiensystem, der seit Ende der neunziger Jahre zunehmenden Wechselbereitschaft der Wähler und der Abnahme der Stammwähler, insbesondere die CSU profitieren. In diesem Zusammenhang weisen mit dem bayerischen politischen und parlamentarischen System vertraute Politikwissenschaftler aber verstärkt darauf hin, „dass die Wahlsiege der CSU weniger denn je gottgegeben sind.“<sup>47</sup>

### 3.2.2. Ergebnisse der Bundestagswahlen im Freistaat Bayern seit 1990<sup>48</sup>

Wahltag	Wahlbeteiligung	CSU	SPD	FDP	B90/ Die Grünen	Linkspartei. PDS	WASG <sup>49</sup>
02.12.1990	74,4 %	51,9 %	26,7 %	8,7 %	4,6 %	0,2 %	-
16.10.1994	76,9 %	51,2 %	29,6 %	6,4 %	6,3 %	0,5 %	-
27.09.1998	79,2 %	47,7 %	34,4 %	5,1 %	5,9 %	0,7 %	-
22.09.2002	81,5 %	58,6 %	26,1 %	4,5 %	7,6 %	0,7 %	-
18.09.2005	77,9 %	49,2 %	25,5 %	9,5 %	7,9 %	3,4 %	-

Die Bundestagswahlen in Bayern seit 1990 verliefen für die CSU mit unterschiedlichem Erfolg. 1990, 1994 und 2002 konnte die Partei jeweils – wie bei Landtags- und Euro-

46 Kießling 2004: 95

47 Kießling 2005a: 389

48 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2005c: 1; Schorn; von Schwartzberg 2005: 1157

49 Keine Teilnahme der Partei an den Bundestagswahlen

pawahlen seit Jahrzehnten gewohnt - im Bereich des Bundes absolute Mehrheiten erzielen. Die Bundestagswahl 2002, bei der Edmund Stoiber Kanzlerkandidat der Unionsparteien war, war für die CSU eines der besten Bundesergebnisse überhaupt. Bei den Bundestagswahlen 1998 und 2002 blieb die CSU jeweils unter der 50-Prozent-Marke. Allerdings bekam sie bei beiden Urnengängen jeweils mehr als alle anderen Parteien an Zweitstimmen zusammen. Bei der Bundestagswahl 2005 verloren die Unionsparteien prozentual die meisten Stimmen in Bayern. Auf der anderen Seite lag das Ergebnis der CSU im Freistaat deutlich über dem Durchschnittsergebnis der CDU. Der klare Stimmenvorsprung der CSU in Bayern gegenüber der SPD sicherte den Unionsparteien bei den Bundestagswahlen 2005 den knappen Vorsprung vor der SPD und damit den Anspruch auf die Kanzlerschaft Angela Merkels. Die Wahlergebnisse 1998 und 2005 zählen zu den schlechtesten Ergebnissen für die CSU seit den fünfziger Jahren.<sup>50</sup>

War die Bundestagswahl 1998 für die bayerische SPD noch ein Erfolgserlebnis, als die die Stimmendifferenz der SPD zur CSU im Freistaat rund 13 Prozentpunkte betrug, so erhöhte sich die Stimmendifferenz zur CSU bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 wieder auf mehr als zwanzig Prozentpunkte<sup>51</sup> Die bayerische SPD musste 2002 und 2005 bei den Bundestagswahlen schwere Verluste hinnehmen, die im Vergleich zur SPD auf Bundesebene überproportional waren. Das Ergebnis von 2005 war für die Partei das schlechteste Resultat seit 1953.<sup>52</sup>

Die FDP in Bayern schnitt bei den Bundestagswahlen seit 1990 deutlich besser ab als bei Landtagswahlen.<sup>53</sup> Mit Ausnahme der Wahl im Jahr 2003 erreichte sie immer mehr als 5 Prozent. Bei der Bundestagswahl 2005 gelang ihr auch in Bayern ein fast zweistelliges Ergebnis. Auch Bündnis 90/Die Grünen konnten sich insbesondere seit 1998 stetig bei ihrem in Bayern erzielten Ergebnis verbessern. Waren sie allerdings 1998 und 2002 in Bayern bei Urnengängen für Berlin drittstärkste Kraft, so mussten sie diese Position 2005 an die FDP abgeben. Für die kleinen Parteien FDP, Bündnis 90/Die Grünen und die Linkspartei.PDS waren die Ergebnisse bei der Bundestagswahl 2005 in Bayern die besten Resultate, die sie je erzielt haben.

---

50 Kießling 2005b: 1

51 Kießling 2004: 92

52 Fahrenholz 2005

53 Kießling, 2005a: 378

3.2.3. Stimmenanteile der CSU an den Gesamtstimmen bei Bundestagswahlen seit 1983<sup>54</sup>

Wahltag	Ergebnis der CSU	Anteil der CSU an den Gesamtstimmen	Mandate der CSU im Deutschen Bundestag
06.03.1983	59,5 %	10,6 %	53
25.01.1987	55,1 %	9,8 %	49
02.12.1990	51,9 %	7,1 %	51
16.10.1994	51,2 %	7,3 %	50
27.09.1998	47,7 %	6,7 %	47
22.09.2002	58,6 %	9,0 %	58 <sup>55</sup>
18.09.2005	49,2 %	7,4 %	46

Holte die CSU bei den Bundestagswahlen in den alten Bundesrepublik deutschlandweit jeweils um die 10 Prozent der bundesweiten Stimmen, so nahm dieser Anteil - bedingt vor allem durch die Vergrößerung des Wahlgebietes durch den Beitritt der neuen Länder - auf in der Regel unter acht Prozent ab. Die CSU liegt derzeit von der Anzahl ihrer Abgeordneten hinter SPD, CDU, FDP, Linkspartei.PDS und Bündnis 90/Die Grünen an sechster Stelle im 16. Deutschen Bundestag. 1994, 1998 und 2002 befand sich die CSU-Landesgruppe noch an dritter Stelle.

In der Großen Koalition stellt die CSU mit Horst Seehofer als Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie mit Michael Glos als Bundesminister für Wirtschaft und Technologie zwei Mitglieder des Bundeskabinetts, dem neben Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Chef des Bundeskanzleramts Thomas de Maiziere 14 Ministerinnen und Minister angehören. Acht Minister gehören der SPD und sechs den Unionsparteien an.<sup>56</sup> Unter den unionsgeführten Bundesregierungen im Zeitraum von 1990 bis 1998 unter Helmut Kohl stellte die CSU bis zu fünf Minister.

---

54 Hanns-Seidel-Stiftung 2004: 25-34; Schorn; von Schwartzenberg 2005: 1157; Mintzel 2000: 114

55 Verkleinerung des Deutschen Bundestags von 656 auf 598 Abgeordnete ab der 15. Wahlperiode

56 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2006: 1

### 3.2.4. Zusammensetzung der Staatsregierungen im Freistaat Bayern seit 1990<sup>57</sup>

Wahlperiode	Dauer	Regierungspartei (en)	Ministerpräsident/in
12. Wahlperiode	1990 - 1994	CSU	Max Streibl (CSU) Edmund Stoiber (CSU) <sup>58</sup>
13. Wahlperiode	1994 - 1998	CSU	Edmund Stoiber (CSU)
14. Wahlperiode	1998 - 2003	CSU	Edmund Stoiber (CSU)
15. Wahlperiode	2003 -	CSU	Edmund Stoiber (CSU)

Im Zeitraum 1990 bis 2005 bestand die seit Anfang der sechziger Jahre existierende Hegemonie der CSU im Bereich der bayerischen Staatsregierung fort. Das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten wurde in diesem Zeitraum stets von der CSU besetzt, die aufgrund ihrer absoluten Mehrheiten ohne Partner auskommen konnte.

Im Mai 1993 wurde Edmund Stoiber Nachfolger von Ministerpräsident Max Streibl, der zuvor im Rahmen der so genannten „Amigo-Affäre“ zurückgetreten war.<sup>59</sup> Die CSU stellt seit den Landtagswahlen 1957, zunächst noch in Koalitionsregierungen, ununterbrochen den Ministerpräsidenten im Freistaat Bayern. Seit 1962 regiert die CSU ohne Unterbrechung im Freistaat Bayern mit absoluter Mehrheit.<sup>60</sup> Sie ist damit die einzige Partei in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die über einen Zeitraum von über 40 Jahren alleine ein Bundesland regiert.

---

57 März 2002: 55-59; Election.de 2006c; Kropp 2001: 342

58 Amtsantritt am 28. Mai 1993

59 Hanns Seidel Stiftung 2004: 29

60 Kropp 2001: 342

### 3.2.5. Mitgliederentwicklung der Parteien im Freistaat Bayern seit 1990<sup>61</sup>

Jahr	CSU	SPD	FDP	B90/Die Grünen	Linkspartei.PDS	WASG <sup>62</sup>
1990	186.198	116.347	6.385	5.973	- <sup>63</sup>	-
1991	184.513	113.154	6.187	5.783	048	-
1992	181.757	109.173	5.890	5.534	061	-
1993	177.289	106.311	5.739	5.765	104	-
1994	176.250	104.517	5.463	6.047	278	-
1995	179.647	102.129	5.296	6.582	156	-
1996	179.312	99.771	5.073	6.464	225	-
1997	178.457	98.179	4.723	6.543	218	-
1998	179.520	97.732	4.629	6.715	302	-
1999	181.873	94.901	4.258	6.270	398	-
2000	178.347	92.807	4.193	6.067	460	-
2001	177.036	92.375	4.473	5.963	503	-
2002	177.667	90.796	4.806	6.095	524	-
2003	176.950	85.703	4.680	6.185	457	-
2004	172.855	79.728	4.529	6.085	439	-
2005	170.083	77.738	4.660	6.100	- <sup>64</sup>	1.213

Im Zeitraum von 1990 bis 2005 verloren die bayerischen Parteien insgesamt - wie im Bundestrend – deutlich an Mitgliedern. Dazu gehörten im Einzelnen CSU, SPD und FDP. Dagegen konnten Bündnis 90/Die Grünen, Linkspartei.PDS und WASG, allerdings auf schwachem Niveau - bei ihren Mitgliederzahlen zulegen.

Die CSU ist mit derzeit rund 170.000 die mit Abstand mitgliederstärkste Partei im Freistaat Bayern. Sie verlor im Untersuchungszeitraum rund 16.000 Mitglieder, doch war der Rückgang mit fast neun Prozent im Vergleich zu den anderen Parteien moderat.

61 Niedermayer 2005: 3-7; 

62 Gründung erfolgte im Jahr 2005

63 Keine Landesverband im Jahr 1990 vorhanden

64 Laut Bundesgeschäftsstelle sind für das Jahr 2005 noch keine Zahlen veröffentlicht

Die Partei konnte sich dem allgemeinen Trend der sinkenden Parteimitgliederzahlen zu einem gewissen Teil entziehen. Sie hat rund 80.000 Mitglieder mehr als alle anderen Parteien zusammen. Die breite Mitgliederbasis der CSU ist ein wichtiger Bestandteil ihres Machtnetzwerks im Freistaat. Mit ihrer im Vergleich zu den anderen Parteien großen Mitgliedschaft nimmt sie insbesondere in den ländlichen Regionen Bayerns eine wichtige Scharnierfunktion zur Vereins- und Verbändekultur wahr. Die singuläre Ausnahmestellung der CSU im Bereich der Parteimitgliedschaften in Bayern und in Deutschland wurde trotz der Verluste nicht angetastet.<sup>65</sup> Keine Partei in Deutschland verfügt in einem Bundesland über einen derartigen Organisationsgrad wie die CSU. In absoluten Zahlen ist die CSU mit ihren rund 170.000 Mitgliedern nach dem Landesverband Nordrhein-Westfalen der CDU und seinen fast 180.000 Mitgliedern die zahlenmäßig zweitgrößte Landespartei der Unionsparteien bzw. der Parteien in Deutschland insgesamt.<sup>66</sup>

Die SPD war im Jahr 2005 mit fast 78.000 Mitgliedern die zweistärkste Partei in Bayern. Im Zeitraum seit 1990 verlor sie fast 39.000 Mitglieder und damit rund jedes dritte Mitglied - 33 Prozent – im Freistaat Bayern. Der Abstand zur CSU hat sich dadurch im Vergleich zu Beginn der neunziger Jahre deutlich vergrößert. Die FDP im Freistaat Bayern hat derzeit fast 4.700 Mitglieder. Sie verlor seit 1990 mit über 1700 Personen rund 27 Prozent ihrer Mitglieder im Freistaat. Der bayerische Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen besaß nach vorläufigen Schätzungen der Bundesgeschäftsstelle im Jahr 2005 6100 Mitglieder. Er ist damit bei den Mitgliederbeständen der bayerischen Parteien nach CSU und SPD auf dem dritten Platz. Gegenüber 1990 blieb die Partei stabil. Die Linkspartei.PDS in Bayern konnte ihre gegenüber 1990 sehr schmale Basis leicht verbessern. Sie legte von 48 Mitgliedern im Jahr 1991 auf 439 Personen im Jahr 2004 zu. Das ist ein prozentualer Zuwachs von über 800 Prozent. Die im Jahr 2005 gegründete WASG besaß in Bayern Ende 2005 über 1.200 Mitglieder. Sie ist damit deutlich stärker als ihr angestrebter Fusionspartei Linkspartei.PDS. Auch beide Parteien zusammen sind beim Vergleich der Mitgliederzahlen mit Bündnis 90/Die Grünen und FDP schwächer aufgestellt.

---

65 Kießling 2005a: 378; Wiesendahl 2006: 38

66 Die Mitgliederentwicklung der Parteien in Nordrhein-Westfalen befindet sich in Tabelle 3.9.4

### 3.3. Berlin

#### 3.3.1. Ergebnisse der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus seit 1990<sup>67</sup>

Wahltag	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	B90/ Die Grünen	Linkspartei. PDS	WASG <sup>68</sup>
02.12.1990	80,8 %	40,4 %	30,4 %	7,1 %	9,4 % <sup>69</sup>	9,2 %	-
22.10.1995	68,6 %	37,4 %	23,6 %	2,5 %	13,2 %	14,6 %	-
10.10.1999	65,5 %	40,8 %	22,4 %	2,2 %	9,9 %	17,7 %	-
21.10.2001	68,1 %	23,8 %	29,7 %	9,9 %	9,1 %	22,6 %	-

#### 3.3.2. Ergebnisse der Bundestagswahlen in Berlin seit 1990<sup>70</sup>

Wahltag	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	B90/ Die Grünen	Linkspartei. PDS	WASG <sup>71</sup>
02.12.1990	80,6 %	39,4 %	30,6 %	9,1 %	3,9 %	9,7 %	-
16.10.1994	78,6 %	31,4 %	34,0 %	5,2 %	10,2 %	14,8 %	-
27.09.1998	81,1 %	23,7 %	37,8 %	4,9 %	11,3 %	13,4 %	-
22.09.2002	77,6 %	25,9 %	36,6 %	6,6 %	14,6 %	11,4 %	-
18.09.2005	77,4 %	22,0 %	34,4 %	8,2 %	13,7 %	16,4 %	-

67 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2005d: 1

68 Keine Teilnahme der Partei an Abgeordnetenhauswahlen

69 Getrennte Teilnahme von „Die Grünen/Alternative Liste“ (5,0 %) und B90/Grüne/UFV (4,4 %)

70 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2005d: 1; Schorn; von Schwartzberg 2005: 1157

71 Bei der Bundestagswahl 2005 Kandidaten der Partei auf Listenlisten der Linkspartei.PDS

### 3.3.3. Zusammensetzung der Senate in Berlin seit 1990<sup>72</sup>

Wahlperiode	Dauer	Regierungspartei (en)	Regierende/r Bürgermeister/in
11. Wahlperiode <sup>73</sup>	1989 - 1991	SPD, AL <sup>74</sup>	Walter Momper (SPD)
12. Wahlperiode	1991 -1995	CDU, SPD	Eberhard Diepgen (CDU) <sup>75</sup>
13. Wahlperiode	1995 - 1999	CDU, SPD	Eberhard Diepgen (CDU)
14. Wahlperiode	1999 - 2001	CDU, SPD SPD, B90/Die Grünen <sup>76</sup>	Eberhard Diepgen (CDU) Klaus Wowereit (SPD) <sup>77</sup>
15. Wahlperiode	2001 - 2006	SPD, Linkspartei.PDS	Klaus Wowereit (SPD)

### 3.3.4. Mitgliederentwicklung der Parteien in Berlin seit 1990<sup>78</sup>

Jahr	CDU	SPD	FDP	B90/Die Grünen	Linkspartei.PDS	WASG <sup>79</sup>
1990	15.513	27.141	7.012	3.168	50.281	-
1991	16.935	26.907	5.012	2.666	31.200	-
1992	15.956	25.718	4.260	2.592	27.062	-
1993	15.050	24.668	3.799	2.950	23.566	-
1994	14.748	23.926	3.392	3.022	22.176	-
1995	14.591	23.414	3.153	3.230	21.373	-
1996	14.268	22.124	2.836	3.270	19.427	-
1997	14.356	21.020	2.696	3.230	18.319	-
1998	14.291	20.578	3.256	3.546	17.316	-
1999	14.902	20.430	2.844	3.549	15.463	-

72 Hoffmann 2002: 78-82; Election.de 2006d; Kropp 2001: 342

73 Senat von West-Berlin

74 Alternative Liste (Vorgängerin Bündnis 90/Die Grünen in Berlin)

75 Amtsantritt am 24. Januar 1991

76 Minderheitssenat unter Duldung der PDS

77 Amtsantritt am 17. Juni 2001

78 Niedermayer 2005: 3-7;

79 Parteigründung im Jahr 2005

2000	15.269	20.189	2.847	3.323	14.273	-
2001	15.175	20.039	2.835	3.211	12.558	-
2002	13.762	19.057	2.893	3.445	11.056	-
2003	13.091	17.928	2.781	3.457	10.385	-
2004	12.917	16.764	2.701	3.515	9.634	-
2005	13.274	17.189	3.218	3.715 <sup>80</sup>	- <sup>81</sup>	794

---

80 Laut Bundesgeschäftsstelle vorläufige Zahlen für das Jahr 2005

81 Laut Bundesgeschäftsstelle liegen noch keine Daten für das Jahr 2005 vor

### 3.4. Brandenburg

#### 3.4.1. Ergebnisse der Landtagswahlen in Brandenburg seit 1990<sup>82</sup>

Wahltag	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	B90/ Die Grünen	Linkspartei. PDS	WASG <sup>83</sup>
14.10.1990	67,1 %	29,4 %	38,2 %	6,6 %	9,2 % <sup>84</sup>	13,4 %	-
11.09.1994	56,3 %	18,7 %	54,1 %	2,2 %	2,9 %	18,7 %	-
05.09.1999	54,3 %	26,5 %	39,3 %	1,9 %	1,9 %	23,3 %	-
19.09.2004	56,4 %	19,4 %	31,9 %	3,3 %	3,6 %	28,0 %	-

#### 3.4.2. Ergebnisse der Bundestagswahlen in Brandenburg seit 1990<sup>85</sup>

Wahltag	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	B90/ Die Grünen	Linkspartei. PDS	WASG <sup>86</sup>
02.12.1990	73,8 %	36,3 %	32,9 %	9,7 %	6,6 %	11,0 %	-
16.10.1994	71,5 %	28,1 %	45,1 %	2,6 %	2,9 %	19,3 %	-
27.09.1998	78,1 %	20,8 %	43,5 %	2,8 %	3,6 %	20,3 %	-
22.09.2002	73,7 %	22,3 %	46,4 %	5,8 %	4,5 %	17,2 %	-
18.09.2005	74,9 %	20,6 %	35,8 %	6,9 %	5,1 %	26,6 %	-

82 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2005e: 1

83 Keine Teilnahme der Partei an Landtagswahlen in Brandenburg

84 Landtagswahl 1990 erhielten „Bündnis 90“ 6,4% und Grüne 2,8%; „Bündnis 90“ im Landtag vertreten

85 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2005e: 1; Schorn; von Schwartzberg 2005: 1157

86 Keine Teilnahme der Partei an den Bundestagswahlen

### 3.4.3. Zusammensetzung der Landesregierungen in Brandenburg seit 1990<sup>87</sup>

Wahlperiode	Dauer	Regierungspartei (en)	Ministerpräsident/in
1. Wahlperiode	1990 - 1994	SPD, FDP, Bündnis 90 SPD, FDP	Manfred Stolpe (SPD) Manfred Stolpe (SPD) <sup>88</sup>
2. Wahlperiode	1994 - 1999	SPD	Manfred Stolpe (SPD)
3. Wahlperiode	1999 - 2004	SPD, CDU SPD, CDU	Manfred Stolpe (SPD) Matthias Platzeck (SPD) <sup>89</sup>
4. Wahlperiode	2004 -	SPD, CDU	Matthias Platzeck (SPD)

### 3.4.4. Mitgliederentwicklung der Parteien in Brandenburg seit 1990<sup>90</sup>

Jahr	CDU <sup>91</sup>	SPD	FDP	B90/Die Grünen	Links-partei.PDS	WASG <sup>92</sup>
1990	-	5.721	15.853	292	42.662	-
1991	13.713	6.858	8.925	366	24.998	-
1992	11.292	6.815	5.177	253	22.864	-
1993	10.528	6.684	4.423	685	20.679	-
1994	9.505	6.750	3.848	469	18.258	-
1995	8.678	6.746	3.109	492	17.950	-
1996	7.927	6.778	2.694	465	16.962	-
1997	7.928	6.936	2.444	505	15.793	-
1998	7.858	7.575	2.151	566	14.950	-
1999	7.801	7.544	1.929	515	14.271	-
2000	7.609	7.518	1.758	504	13.427	-
2001	7.479	7.547	1.665	485	12.883	-

87 Künzel 2002: 97-98; Election.de 2006e; Kropp 2001: 342

88 Minderheitsregierung ab April 1994 (bis zur Neuwahl)

89 Amtsantritt am 26. Februar 2002

90 Niedermayer 2005: 3-7; 

91 Für das 1990 keine exakten Daten vorhanden

92 Parteigründung im Jahr 2005

2002	7.315	7.472	1.693	526	11.597	-
2003	7.336	7.132	1.674	579	10.894	-
2004	7.148	6.785	1.612	621	10.429	-
2005	6.951	6.745	1.572	632 <sup>93</sup>	- <sup>94</sup>	184

---

93 Laut Bundesgeschäftsstelle sind die Daten für das Jahr 2005 noch vorläufig

94 Laut Bundesgeschäftsstelle sind die Daten für das Jahr 2005 noch nicht vorhanden

### 3.5. Freie Hansestadt Bremen

#### 3.5.1. Ergebnisse der Bürgerschaftswahlen in der Freien Hansestadt Bremen seit 1990<sup>95</sup>

Wahltag	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	B90/ Die Grünen	Linkspartei. PDS <sup>96</sup>	WASG <sup>97</sup>
29.09.1991	72,2 %	30,7 %	38,8 %	9,5 %	11,4 %	-	-
14.05.1995	68,6 %	32,6 %	33,4 %	3,4 %	13,1 %	2,4 %	-
06.06.1999	60,1 %	37,1 %	42,6 %	2,5 %	8,9 %	2,9 %	-
25.05.2003	61,3 %	29,8 %	43,3 %	4,2 %	12,8 %	1,7 %	-

#### 3.5.2. Bundestagswahlen in der Freien Hansestadt Bremen seit 1990<sup>98</sup>

Wahltag	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	B90/ Die Grünen	Linkspartei. PDS	WASG <sup>99</sup>
02.12.1990	76,5 %	30,9 %	42,5 %	12,8 %	8,3 %	1,1 %	-
16.10.1994	78,5 %	30,2 %	45,5 %	7,2 %	11,1 %	2,7 %	-
27.09.1998	82,1 %	25,4 %	50,2 %	5,9 %	11,3 %	2,4 %	-
22.09.2002	78,5 %	24,6 %	48,6 %	6,7 %	15,0 %	2,2 %	-
18.09.2005	75,5 %	22,8 %	42,9 %	8,1 %	14,3 %	8,4 %	-

95 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2005f: 1

96 Keine Teilnahme der Partei an den Senatswahlen im Jahr 1990

97 Keine Teilnahme der Partei an den Senatswahlen

98 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2005f. 1; Schorn; von Schwartzberg 2005: 1157

99 Keine Teilnahme der Partei an Bundestagswahlen

3.5.3. Zusammensetzung des Senats der Freien Hansestadt Bremen seit 1990<sup>100</sup>

Wahlperiode	Dauer	Regierungs- partei (en)	Präsident/in des Senats (Bürgermeister(in))
12. Wahlperiode	1987 - 1991	SPD	Klaus Wedemeier (SPD)
13. Wahlperiode	1991 - 1995	SPD, FDP, Grüne SPD	Klaus Wedemeier (SPD) Klaus Wedemeier (SPD) <sup>101</sup>
14. Wahlperiode	1995 - 1999	SPD, CDU	Henning Scherf (SPD)
15. Wahlperiode	1999 - 2003	SPD, CDU	Henning Scherf (SPD)
16. Wahlperiode	2003 -	SPD, CDU SPD, CDU	Henning Scherf (SPD) Jens Böhrnsen <sup>102</sup>

3.5.4. Mitgliederentwicklung der Parteien in der Freien Hansestadt Bremen seit 1990<sup>103</sup>

Jahr	CDU	SPD	FDP	B90/Die Grünen	Links- partei.PDS	WASG <sup>104</sup>
1990	3.737	12.220	598	446	- <sup>105</sup>	-
1991	3.902	11.677	622	446	80	-
1992	3.773	10.922	624	437	87	-
1993	3.700	10.277	615	467	122	-
1994	3.653	9.721	600	524	50	-
1995	3.614	8.908	558	584	97	-
1996	3.663	8.426	521	558	110	-
1997	3.549	8.014	500	560	112	-
1998	3.695	7.705	481	576	137	-
1999	3.764	7.417	455	549	169	-
2000	3.517	7.055	395	496	199	-

100 Scherer 2002: 115-120; Election.de 2006f; Kropp 2001: 342

101 Seit Februar 1995 eine Minderheitsregierung

102 Amtsantritt am 8. November 2005

103 Niedermayer 2005: 3-7;

104 Parteigründung im Jahr 2005

105 Kein Landesverband im Jahr 1990 vorhanden

2001	3.443	6.776	382	470	188	-
2002	3.576	6.570	402	510	197	-
2003	3.599	6.116	400	538	160	-
2004	3.496	5.697	377	529	158	-
2005	3.498	5.719	388	567 <sub>106</sub>	- <sup>107</sup>	173

---

106 Laut Bundesgeschäftsstelle vorläufige Zahlen für das Jahr 2005

107 Laut Bundesgeschäftsstelle liegen noch keine Daten für das Jahr 2005 vor.

### 3.6. Freie und Hansestadt Hamburg

#### 3.6.1. Ergebnisse der Bürgerschaftswahlen in der Freien und Hansestadt Hamburg seit 1990<sup>108</sup>

Wahltag	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	B90/ Die Grünen	Linkspartei. PDS <sup>109</sup>	WASG <sup>110</sup>
02.06.1991	66,1 %	35,1 %	48,0 %	5,4 %	7,2 %	0,5 %	-
19.09.1993	69,6 %	25,1 %	40,4 %	4,2 %	13,5 %	-	-
21.09.1997	68,7 %	30,7 %	36,2 %	3,5 %	13,9 %	0,7 %	-
23.09.2001	71,0 %	26,2 %	36,5 %	5,1 %	8,6 %	0,4 %	-
29.02.2004	68,7 %	47,2 %	30,5 %	2,8 %	12,3 %	-	-

#### 3.6.2. Ergebnisse der Bundestagswahlen in der Freien und Hansestadt Hamburg seit 1990<sup>111</sup>

Wahltag	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	B90/ Die Grünen	Linkspartei. PDS	WASG <sup>112</sup>
02.12.1990	78,2 %	36,6 %	41,0 %	12,0 %	5,8 %	1,1 %	-
16.10.1994	79,7 %	34,9 %	39,7 %	7,2 %	12,6 %	2,2 %	-
27.09.1998	81,1 %	30,0 %	45,7 %	6,5 %	10,8 %	2,3 %	-
22.09.2002	79,6 %	28,1 %	42,0 %	6,8 %	16,2 %	2,1 %	-
18.09.2005	77,5 %	28,9 %	38,7 %	9,0 %	14,9 %	6,3 %	-

108 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2005g: 1

109 Keine Teilnahme der Partei an den Senatswahlen 1993 und 2004

110 Keine Teilnahme der Partei an den Bürgerschaftswahlen

111 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2005g: 1; Schorn; von Schwartzberg 2005: 1157

112 Keine Teilnahme der Partei an den Bundestagswahlen

Zusammensetzung des Senats in der Freien und Hansestadt Hamburg seit 1990<sup>113</sup>

Wahlperiode	Dauer	Regierungspartei (en)	Präsident/in des Senats (Erste/r Bürgermeister/in)
13. Wahlperiode	1987 - 1991	SPD, FDP SPD, FDP	Klaus von Dohnanyi (SPD) Henning Voscherau (SPD) <sup>114</sup>
14. Wahlperiode	1991 - 1993	SPD	Henning Voscherau (SPD)
15. Wahlperiode	1993 - 1997	SPD, Statt-Partei - Die Unabhängigen <sup>115</sup>	Henning Voscherau (SPD)
16. Wahlperiode	1997 - 2001	SPD, GAL	Ortwin Runde (SPD)
17. Wahlperiode	2001 - 2004	CDU, FDP, Partei Rechtsstaatlicher Offensive CDU	Ole von Beust (CDU)  Ole von Beust (CDU) <sup>116</sup>
18. Wahlperiode	2004 -	CDU	Ole von Beust (CDU)

3.6.3. Mitgliederentwicklung der Parteien in der Freien und Hansestadt Hamburg seit 1990<sup>117</sup>

Jahr	CDU	SPD	FDP	B90/Die Grünen	Linkspartei.PDS	WASG <sup>118</sup>
1990	13.985	22.670	1.987	2.040	-	-
1991	13.673	21.751	1.932	1.425	102	-
1992	12.747	20.225	1.868	1.166	156	-
1993	12.283	19.535	1.756	1.342	166	-
1994	11.669	18.825	1.602	1.383	171	-
1995	11.364	17.466	1.431	1.390	180	-
1996	11.341	16.367	1.320	1.433	160	-
1997	10.936	15.819	1.252	1.518	147	-

113 Kutz-Bauer 2002: 129-130; Election.de 2006g, Kropp 2001: 342

114 Amtsantritt am 8. Juni 1988

115 Kooperationsvereinbarung zwischen den Parteien bezüglich Regierungsarbeit

116 Aufkündigung der Koalition durch von Beust am 9. November 2003 und CDU-Minderheitssenat

117 Niedermayer 2005: 3-7;

118 Parteigründung im Jahr 2005

1998	10.735	15.527	1.250	1.520	152	-
1999	10.664	14.760	1.232	1.347	187	-
2000	10.360	14.355	1.133	1.282	226	-
2001	10.218	14.025	1.228	1.226	233	-
2002	9.816	13.787	1.315	1.197	332	-
2003	10.401	12.996	1.343	1.171	341	-
2004	10.591	12.320	1.324	1.196	348	-
2005	10.945	12.227	1.363	1.228 <sub>119</sub>	- <sup>120</sup>	423

---

119 Laut Bundesgeschäftsstelle sind die Zahlen für das Jahr 2005 noch vorläufig.

120 Laut Bundesgeschäftsstelle liegen für das Jahr 2005 noch keine Daten vor.

### 3.7. Hessen

#### 3.7.1. Ergebnisse der Landtagswahlen in Hessen seit 1990<sup>121</sup>

Wahltag	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	B90/ Die Grünen	Linkspartei. PDS <sup>122</sup>	WASG <sup>123</sup>
20.01.1991	70,8 %	40,2 %	40,8 %	7,4 %	8,8 %	-	-
19.02.1995	66,3 %	39,2 %	38,0 %	7,4 %	11,2 %	-	-
07.02.1999	66,4 %	43,4 %	39,4 %	5,1 %	7,2 %	-	-
02.02.2003	64,6 %	48,8 %	29,1 %	7,9 %	10,1 %	-	-

#### 3.7.2. Ergebnisse der Bundestagswahlen in Hessen seit 1990<sup>124</sup>

Wahltag	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	B90/ Die Grünen	Linkspartei. PDS	WASG <sup>125</sup>
02.12.1990	81,1 %	41,3 %	38,0 %	10,9 %	5,6 %	0,4 %	-
16.10.1994	82,3 %	40,7 %	37,2 %	8,1 %	9,3 %	1,1 %	-
27.09.1998	84,2 %	34,7 %	41,6 %	7,9 %	8,2 %	1,5 %	-
22.09.2002	80,1 %	37,1 %	39,7 %	8,2 %	10,7 %	1,3 %	-
18.09.2005	78,7 %	33,7 %	35,6 %	11,7 %	10,1 %	5,3 %	-

121 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2005h: 1

122 Keine Teilnahme der Partei an Landtagswahlen

123 Keine Teilnahme der Partei an Landtagswahlen

124 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2005h: 1; Schorn; von Schwartzberg 2005: 1157

125 Bei der Bundestagswahl 2005 Kandidaten der Partei auf Listenlisten der Linkspartei.PDS

3.7.3. Zusammensetzung der Landesregierungen in Hessen seit 1990<sup>126</sup>

Wahlperiode	Dauer	Regierungspartei (en)	Ministerpräsident/in
12. Wahlperiode	1987 - 1991	CDU, FDP	Walter Wallmann (CDU)
13. Wahlperiode	1991 - 1995	SPD, B90/Die Grünen	Hans Eichel (SPD)
14. Wahlperiode	1995 - 1999	SPD, B90/Die Grünen	Hans Eichel (SPD)
15. Wahlperiode	1999 - 2003	CDU, FDP	Roland Koch (CDU)
16. Wahlperiode	2003 -	CDU	Roland Koch (CDU)

3.7.4. Mitgliederentwicklung der Parteien in Hessen seit 1990<sup>127</sup>

Jahr	CDU	SPD	FDP	B90/Die Grünen	Links- partei.PDS	WASG 128
1990	64.064	121.140	7.759	4.430	- <sup>129</sup>	-
1991	62.622	117.803	7.574	4.134	073	-
1992	61.238	114.101	7.484	3.875	104	-
1993	59.901	111.339	7.266	4.022	150	-
1994	58.722	108.414	6.960	4.290	276	-
1995	58.373	104.630	6.709	4.529	266	-
1996	58.081	101.435	6.675	4.658	265	-
1997	56.858	99.732	6.199	4.769	274	-
1998	56.080	98.265	6.058	4.912	400	-
1999	56.746	95.289	5.965	4.527	486	-
2000	55.184	93.043	5.938	4.330	532	-
2001	54.132	90.693	6.116	4.039	528	-
2002	53.547	87.134	6.372	3.929	501	-

126 Abendroth; Böhme 2002: 139-143; Election.de 2006h; Kropp 2001: 342

127 Niedermayer 2005: 3-7;

128 Parteigründung im Jahr 2005

129 Kein Landesverband im Jahr 1990 vorhanden

2003	52.838	81.711	6.339	3.863	477	-
2004	51.377	75.726	6.264	3.755	481	-
2005	51.249	74.010	6.367	3.885 <sup>130</sup>	- <sup>131</sup>	1.031

---

130 Laut Bundesgeschäftsstelle sind die Daten für das Jahr 2005 noch vorläufig

131 Laut Bundesgeschäftsstelle liegen noch keine Daten für das Jahr 2005 vor

### 3.8. Mecklenburg-Vorpommern

#### 3.8.1. Ergebnisse der Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990<sup>132</sup>

Wahltag	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	B90/ Die Grünen	Linkspartei. PDS	WASG <sup>133</sup>
14.10.1990	64,7 %	38,3 %	27,0 %	5,5 %	6,4 %	15,7 %	-
16.10.1994	72,9 %	37,7 %	29,5 %	3,8 %	3,7 %	22,7 %	-
27.09.1998	79,4 %	30,2 %	34,3 %	1,6 %	2,7 %	24,4 %	-
22.09.2002	70,6 %	31,4 %	40,6 %	4,7 %	2,6 %	16,4 %	-

#### 3.8.2. Ergebnisse der Bundestagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990<sup>134</sup>

Wahltag	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	B90/ Die Grünen	Linkspartei. PDS	WASG <sup>135</sup>
02.12.1990	70,9 %	41,2 %	26,5 %	9,1 %	5,9 %	14,2 %	-
16.10.1994	72,8 %	38,5 %	28,8 %	3,4 %	3,6 %	23,6 %	-
27.09.1998	79,4 %	29,3 %	35,3 %	2,2 %	2,9 %	23,6 %	-
22.09.2002	70,6 %	30,3 %	41,7 %	5,4 %	3,5 %	16,3 %	-
18.09.2005	71,2 %	29,6 %	31,7 %	6,3 %	4,0 %	23,7 %	-

132 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2005i: 1

133 Keine Teilnahme der Partei an Bundestagswahlen

134 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2005i: 1; Schorn; von Schwartzberg 2005: 1157

135 Keine Teilnahme der Partei bei Bundestagswahlen

3.8.3. Zusammensetzung der Landesregierungen in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990<sup>136</sup>

Wahlperiode	Dauer	Regierungspartei (en)	Ministerpräsident/in
1. Wahlperiode	1990 - 1994	CDU, FDP CDU, FDP	Alfred Gomolka Berndt Seite <sup>137</sup>
2. Wahlperiode	1994 - 1998	CDU, SPD	Berndt Seite
3. Wahlperiode	1998 - 2002	SPD, Linkspartei.PDS	Harald Ringstorff
4. Wahlperiode	2002 - 2006	SPD, Linkspartei.PDS	Harald Ringstorff

3.8.4. Mitgliederentwicklung der Parteien in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990<sup>138</sup>

Jahr	CDU	SPD	FDP	B90/Die Grünen	Links- partei.PDS	WASG <sup>139</sup>
1990	- <sup>140</sup>	3.138	13.154	254	33.031	-
1991	14.707	3.287	7.994	250	21.903	-
1992	12.375	3.335	5.826	144	18.170	-
1993	10.636	3.187	3.755	335	15.857	-
1994	10.217	3.452	3.220	382	14.154	-
1995	9.653	3.341	2.528	375	13.246	-
1996	9.150	3.304	2.395	359	11.846	-
1997	8.540	3.388	2.128	403	11.433	-
1998	8.304	3.420	1.936	415	10.614	-
1999	8.499	3.508	1.467	350	10.015	-
2000	7.959	3.462	1.354	311	9.455	-

136 Kuhn 2002: 159-162; Election.de 2006i; Kropp 2001: 342

137 Amtsantritt am 19. März 1992

138 Niedermayer 2005: 3-7;

139 Parteigründung im Jahr 2005

140 Für das Jahr 1990 keine exakten Daten vorhanden

2001	7.740	3.363	1.266	253	8.636	-
2002	7.471	3.343	1.239	259	7.990	-
2003	6.983	3.224	1.159	263	7.534	-
2004	6.749	3.050	1.121	277	6.841	-
2005	6.652	2.979	1.073	288 141	- <sup>142</sup>	125

---

141 Laut Bundesgeschäftsstelle sind die Daten für das Jahr 2005 noch vorläufig

142 Laut Bundesgeschäftsstelle liegen für das Jahr 2005 noch keine Daten vor

### 3.9. Niedersachsen

#### 3.9.1. Ergebnisse der Landtagswahlen in Niedersachsen seit 1990<sup>143</sup>

Wahltag	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	B90/ Die Grünen	Linkspartei. PDS <sup>144</sup>	WASG <sup>145</sup>
13.05.1990	74,6 %	42,0 %	44,2 %	6,0 %	5,5 %	-	-
13.03.1994	73,8 %	36,4 %	44,3 %	4,4 %	7,4 %	-	-
01.03.1998	73,8 %	35,9 %	47,9 %	4,9 %	7,0 %	-	-
02.02.2003	67,0 %	48,3 %	33,4 %	8,1 %	7,6 %	0,5 %	-

#### 3.9.2. Ergebnisse der Bundestagswahlen in Niedersachsen seit 1990<sup>146</sup>

Wahltag	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	B90/ Die Grünen	Linkspartei. PDS	WASG <sup>147</sup>
02.12.1990	80,6 %	44,3 %	38,4 %	10,3 %	4,5 %	0,3 %	-
16.10.1994	81,8 %	41,3 %	40,6 %	7,7 %	7,1 %	1,0 %	-
27.09.1998	83,9 %	34,1 %	49,4 %	6,4 %	5,9 %	1,0 %	-
22.09.2002	81,0 %	34,5 %	47,8 %	7,1 %	7,3 %	1,0 %	-
18.09.2005	79,4 %	33,6 %	43,2 %	8,9 %	7,4 %	4,3 %	-

143 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2005j: 1

144 Keine Teilnahme an den Landtagswahlen 1990, 1994 und 1998

145 Keine Teilnahme an den Landtagwahlen 1990 bis 2003

146 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2005j: 1; Schorn; von Schwartzberg 2005: 1157

147 Keine Teilnahme an den Bundestagswahlen

3.9.3. Zusammensetzung der Landesregierungen in Niedersachsen seit 1990<sup>148</sup>

Wahlperiode	Dauer	Regierungspartei (en)	Ministerpräsident/in
11. Wahlperiode	1986 - 1990	CDU, FDP	Ernst Albrecht (CDU)
12. Wahlperiode	1990 - 1994	SPD, Grüne	Gerhard Schröder (SPD)
13. Wahlperiode	1994 - 1998	SPD	Gerhard Schröder (SPD)
14. Wahlperiode	1998 - 2003	SPD SPD SPD	Gerhard Schröder (SPD) Gerhard Glogowski (SPD) <sup>149</sup> Sigmar Gabriel (SPD) <sup>150</sup>
15. Wahlperiode	2003 -	CDU, FDP	Christian Wulff (CDU)

3.9.4. Mitgliederentwicklung der Parteien in Niedersachsen seit 1990<sup>151</sup>

Jahr	CDU	SPD	FDP	B90/Die Grünen	Links- par- tei.PDS <sup>152</sup>	WASG <sup>153</sup>
1990	98.674	115.177	7.948	4.638	-	-
1991	99.293	114.447	8.358	4.386	-	-
1992	95.356	110.926	8.056	4.266	-	-
1993	92.423	107.722	7.757	4.274	-	-
1994	89.532	106.122	7.439	4.593	225	-
1995	87.966	102.172	7.032	4.651	232	-
1996	90.462	100.521	6.964	5.436	285	-
1997	88.182	97.958	6.627	5.434	296	-
1998	86.092	97.834	6.463	5.652	406	-
1999	85.346	95.054	6.138	5.299	496	-

148 Hoffmann 2002: 174; Election.de 2006j; Kropp 2001: 342-343

149 Amtsantritt am 28. Oktober 1998

150 Amtsantritt am 14. Dezember 1999

151 Niedermayer 2005: 3-7;

152 Im Jahr 1990 keine Landesverband vorhanden; bis 1993 Landesverband Bremen/Niedersachsen

153 Bei der Bundestagswahl 2005 Kandidaten der Partei auf Listenlisten der Linkspartei.PDS

2000	83.080	92.915	5.994	4.910	520	-
2001	83.961	92.154	6.501	4.787	620	-
2002	82.643	89.075	6.687	4.746	725	-
2003	82.033	83.568	6.725	4.665	667	-
2004	79.378	77.936	6.463	4.568	730	-
2005	78.445	76.088	6.511	4.616 <sup>154</sup>	<sup>155</sup>	1.209

---

154 Laut Bundesgeschäftsstelle sind die Daten für das Jahr 2005 vorläufig

155 Laut Bundesgeschäftsstelle liegen noch keine Daten für das Jahr 2005 vor

### 3.10. Nordrhein-Westfalen

#### 3.10.1. Ergebnisse der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen seit 1990<sup>156</sup>

Wahltag	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	B90/ Die Grünen	Linkspartei. PDS <sup>157</sup>	WASG <sup>158</sup>
13.05.1990	71,8 %	36,7 %	50,0 %	5,8 %	5,0 %	-	-
14.05.1995	64,0 %	37,7 %	46,0 %	4,0 %	10,0 %	-	-
14.05.2000	56,7 %	37,0 %	42,8 %	9,8 %	7,1 %	1,1 %	-
22.05.2005	63,0 %	44,8 %	37,1 %	6,2 %	6,2 %	0,9 %	2,2 %

#### 3.10.2. Ergebnisse der Bundestagswahlen in Nordrhein-Westfalen seit 1990<sup>159</sup>

Wahltag	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	B90/ Die Grünen	Linkspartei. PDS	WASG <sup>160</sup>
02.12.1990	78,7 %	40,5 %	41,1 %	11,0 %	4,3 %	0,3 %	-
16.10.1994	81,9 %	38,0 %	43,1 %	7,6 %	7,4 %	1,0 %	-
27.09.1998	83,9 %	33,8 %	46,9 %	7,3 %	6,9 %	1,2 %	-
22.09.2002	80,3 %	35,1 %	43,0 %	9,3 %	8,9 %	1,2 %	-
18.09.2005	78,3 %	34,4 %	40,0 %	10,0 %	7,6 %	5,2 %	-

156 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2005k: 1

157 Keine Teilnahme an den Landtagswahlen 1990 und 1995

158 Keine Teilnahme an den Landtagswahlen 1990, 1995 und 2000

159 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2005k: 1; Schorn; von Schwartzberg 2005: 1157

160 Keine Teilnahme an den Bundestagswahlen

3.10.3. Zusammensetzung der Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen seit 1990<sup>161</sup>

Wahlperiode	Dauer	Regierungspartei (en)	Ministerpräsident/in
11. Wahlperiode	1990 - 1995	SPD	Johannes Rau (SPD)
12. Wahlperiode	1995 - 2000	SPD, B90/Die Grünen SPD, B90/Die Grünen	Johannes Rau (SPD) Wolfgang Clement (SPD) <sup>162</sup>
13. Wahlperiode	2000 - 2005	SPD, B90/Die Grünen SPD, B90/Die Grünen	Wolfgang Clement (SPD) Peer Steinbrück (SPD) <sup>163</sup>
14. Wahlperiode	2005 -	CDU, FDP	Jürgen Rüttgers (CDU)

3.10.4. Mitgliederentwicklung der Parteien in Nordrhein-Westfalen seit 1990<sup>164</sup>

Jahr	CDU	SPD	FDP	B90/Die Grünen	Links- partei.PDS	WASG <sup>165</sup>
1990	233.656	287.130	20.652	9.014	166	-
1991	224.939	273.143	20.340	8.677	098	-
1992	217.687	262.268	20.017	8.141	101	-
1993	210.742	253.803	19.684	8.410	175	-
1994	209.505	249.205	19.213	9.625	498	-
1995	205.766	238.291	17.817	10.469	548	-
1996	201.447	229.910	16.704	10.630	490	-
1997	197.610	224.728	15.665	10.863	556	-
1998	198.237	225.766	15.401	11.771	831	-
1999	204.256	219.332	15.476	11.505	1.215	-
2000	196.794	211.290	15.448	10.884	1.105	-
2001	189.761	203.178	15.844	10.201	1.138	-

161 Kost 2002: 189; Election.de 2006k; Kropp 2001: 343

162 Amtantritt am 27. Mai 1998

163 Amtsantritt am 6. November 2002

164 Niedermayer 2005: 3-7;

165 Parteigründung im Jahr 2005

166 Kein Landesverband im Jahr 1990 vorhanden

2002	186.520	194.652	16.911	9.728	1.361	-
2003	184.464	181.071	16.438	10.001	1.219	-
2004	183.529	167.547	16.337	10.249	1.135	-
2005	179.463	162.216	16.462	10.305 <sub>167</sub>	- <sup>168</sup>	3.028

---

167 Laut Bundesgeschäftsstelle sind die Daten für das Jahr 2005 noch vorläufig

168 Laut Bundesgeschäftsstelle sind die Daten für das Jahr 2005 noch nicht vorhanden

### 3.11. Rheinland-Pfalz

#### 3.11.1. Ergebnisse der Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz seit 1990<sup>169</sup>

Wahltag	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	B90/ Die Grünen	Linkspartei. PDS <sup>170</sup>	WASG <sup>171</sup>
21.04.1991	73,9 %	38,7 %	44,8 %	6,9 %	6,5 %	-	-
24.03.1996	70,8 %	38,7 %	39,8 %	8,9 %	6,9 %	-	-
25.03.2001	62,1 %	35,3 %	44,7 %	7,8 %	5,2 %	-	-

#### 3.11.2. Ergebnisse der Bundestagswahlen in Rheinland-Pfalz seit 1990<sup>172</sup>

Wahltag	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	B90/ Die Grünen	Linkspartei. PDS	WASG <sup>173</sup>
02.12.1990	81,7 %	45,6 %	36,1 %	10,4 %	4,0 %	0,2 %	-
16.10.1994	82,3 %	43,8 %	39,4 %	6,9 %	6,2 %	0,6 %	-
27.09.1998	83,9 %	39,1 %	41,3 %	7,1 %	6,1 %	1,0 %	-
22.09.2002	80,0 %	40,2 %	38,2 %	9,3 %	7,9 %	1,0 %	-
18.09.2005	78,7 %	36,9 %	34,6 %	11,7 %	7,3 %	5,6 %	-

169 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2005I: 1

170 Keine Teilnahme an den Landtagswahlen

171 Keine Teilnahme an den Landtagswahlen

172 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2005I: 1; Schorn; von Schwartzberg 2005: 1157

173 Keine Teilnahme an den Bundestagswahlen

3.11.3. Zusammensetzung der Landesregierungen in Rheinland-Pfalz seit 1990<sup>174</sup>

Wahlperiode	Dauer	Regierungspartei (en)	Ministerpräsident/in
11. Wahlperiode	1987 - 1991	CDU, FDP CDU, FDP	Bernhard Vogel (CDU) Carl- Ludwig Wagner (CDU) <sup>175</sup>
12. Wahlperiode	1991 - 1996	SPD, FDP SPD, FDP	Rudolf Scharping (SPD) Kurt Beck (SPD) <sup>176</sup>
13. Wahlperiode	1996 - 2001	SPD, FDP	Kurt Beck (SPD)
14. Wahlperiode	2001 - 2006	SPD, FDP	Kurt Beck (SPD)

3.11.4. Mitgliederentwicklung der Parteien in Rheinland-Pfalz seit 1990<sup>177</sup>

Jahr	CDU	SPD	FDP	B90/Die Grünen	Links- partei.PDS	WASG <sup>178</sup>
1990	71.913	72.717	5.375	1.955	- <sup>179</sup>	-
1991	69.672	71.523	5.350	1.947	023	-
1992	67.134	69.386	5.200	1.872	019	-
1993	65.064	68.875	5.077	1.807	031	-
1994	64.436	69.112	5.132	2.301	084	-
1995	63.088	66.978	5.047	2.392	105	-
1996	61.547	65.029	4.970	2.438	095	-
1997	60.002	63.834	4.904	2.400	101	-
1998	59.788	63.200	4.927	2.533	152	-
1999	61.472	62.537	5.063	2.604	182	-
2000	59.275	60.479	5.082	2.472	214	-
2001	57.971	58.993	5.137	2.296	229	-

174 Grube 2002: 202-204; Election.de 2006l; Kropp 2001: 343

175 Amtsantritt am 8. Dezember 1988

176 Amtsantritt am 26. Oktober 1994

177 Niedermayer 2005: 3-7;

178 Parteigründung im Jahr 2005

179 Im Jahr 1990 keine Landesverband vorhanden

2002	56.779	56.958	5.245	2.212	250	-
2003	56.008	53.473	5.118	2.184	250	-
2004	55.532	49.879	5.124	2.242	258	-
2005	54.372	47.998	5.166	2.235 180	- <sup>181</sup>	680

---

180 Laut Bundesgeschäftsstelle sind die Daten für das Jahr 2005 noch vorläufig.

181 Laut Bundesgeschäftsstelle sind die Daten für das Jahr 2005 noch nicht vorhanden.

### 3.12. Saarland

#### 3.12.1. Ergebnisse der Landtagswahlen im Saarland seit 1990<sup>182</sup>

Wahltag	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	B90/ Die Grünen	Linkspartei. PDS	WASG
28.01.1990	83,2 %	33,4 %	54,4 %	5,6 %	2,6 %		-
16.10.1994	83,5 %	38,6 %	49,4 %	2,1 %	5,5 %		-
05.09.1999	68,7 %	45,5 %	44,4 %	2,6 %	3,2 %	0,8 %	-
05.09.2004	55,5 %	47,5 %	30,8 %	5,2 %	5,6 %	2,3 %	

#### 3.12.2. Ergebnisse der Bundestagswahlen im Saarland seit 1990<sup>183</sup>

Wahltag	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	B90/ Die Grünen	Linkspartei. PDS	WASG
02.12.1990	85,1 %	38,1 %	51,2 %	6,0 %	2,3 %	0,2 %	-
16.10.1994	83,5 %	37,2 %	48,8 %	4,3 %	5,8 %	0,7 %	-
27.09.1998	84,8 %	31,8 %	52,4 %	4,7 %	5,5 %	1,0 %	-
22.09.2002	80,0 %	35,0 %	46,0 %	6,4 %	7,6 %	1,4 %	-
18.09.2005	79,4 %	30,2 %	33,3 %	7,4 %	5,9 %	18,5 %	-

#### 3.12.3. Zusammensetzung der Landesregierungen im Saarland seit 1990<sup>184</sup>

Wahlperiode	Dauer	Regierungspartei (en)	Ministerpräsident/in
10. Wahlperiode	1990 - 1994	SPD	Oskar Lafontaine (SPD)
11. Wahlperiode	1994 - 1999	SPD SPD	Oskar Lafontaine (SPD) Reinhard Klimmt (SPD) <sup>185</sup>
12. Wahlperiode	1999 - 2004	CDU	Peter Müller (CDU)
13. Wahlperiode	2004 -	CDU	Peter Müller (CDU)

182 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2005m: 1

183 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2005m: 1; Schorn; von Schwartzberg 2005: 1157-

184 Jellonnek 2002: 224-226; Election.de 2006m, Kropp 2001: 343

185 Amtsantritt am 10. November 1998

3.12.4. Mitgliederentwicklung der Parteien im Saarland seit 1990<sup>186</sup>

Jahr	CDU	SPD	FDP	B90/Die Grünen	Links- partei.PDS	WASG <sup>187</sup>
1990	26.142	40.502	2.878	650	- <sup>188</sup>	-
1991	25.055	39.904	2.757	667	020	-
1992	24.184	39.025	2.588	658	002	-
1993	23.428	38.198	2.422	891	008	-
1994	23.146	38.507	2.167	1.209	035	-
1995	22.608	37.559	1.968	1.213	051	-
1996	22.361	37.013	1.738	1.572	046	-
1997	22.009	36.956	1.519	1.753	040	-
1998	21.843	37.579	1.519	2.039	104	-
1999	22.476	36.673	1.319	1.789	101	-
2000	22.114	35.533	1.254	1.465	083	-
2001	21.880	34.107	1.207	1.328	101	-
2002	21.902	32.666	1.272	1.291	120	-
2003	22.050	30.376	1.296	1.328	100	-
2004	22.185	27.869	1.323	1.424	108	-
2005	21.781	26.415	1.334	1.397 <sup>189</sup>	- <sup>190</sup>	537

186 Niedermayer 2005: 3-7; 

187 Parteigründung im Jahr 2005

188 Im Jahr 1990 kein Landesverband vorhanden

189 Laut Bundesgeschäftsstelle vorläufige Zahlen

190 Laut Bundesgeschäftsstelle sind die Daten für das Jahr 2005 noch nicht vorhanden

### 3.13. Freistaat Sachsen

#### 3.13.1. Ergebnisse der Landtagswahlen im Freistaat Sachsen seit 1990<sup>191</sup>

Wahltag	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	B90/ Die Grünen	Linkspartei. PDS	WASG
14.10.1990	72,8 %	53,8 %	19,1 %	5,3 %	5,6 %	10,2 %	-
11.09.1994	58,4 %	58,1 %	16,6 %	1,7 %	4,1 %	16,5 %	-
19.09.1999	61,1 %	56,9 %	10,7 %	1,1 %	2,6 %	22,2 %	-
19.09.2004	59,6 %	41,1 %	9,8 %	5,9 %	5,1 %	23,6 %	-

#### 3.13.2. Ergebnisse der Bundestagswahlen im Freistaat Sachsen seit 1990<sup>192</sup>

Wahltag	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	B90/ Die Grünen	Linkspartei. PDS	WASG
02.12.1990	76,2 %	49,5 %	18,2 %	12,4 %	5,9 %	9,0 %	-
16.10.1994	72,0 %	48,0 %	24,3 %	3,8 %	4,8 %	16,7 %	-
27.09.1998	81,6 %	32,7 %	29,1 %	3,6 %	4,4 %	20,0 %	-
22.09.2002	73,7 %	33,6 %	33,3 %	7,3 %	4,6 %	16,2 %	-
18.09.2005	75,7 %	30,0 %	24,5 %	10,2 %	4,8 %	22,8 %	-

---

191 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2005n: 1

192 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2005n: 1; Schorn; von Schwartzberg 2005: 1157

3.13.3. Zusammensetzung der Landesregierungen im Freistaat Sachsen seit 1990<sup>193</sup>

Wahlperiode	Dauer	Regierungspartei (en)	Ministerpräsident/in
1. Wahlperiode	1990 - 1994	CDU	Kurt Biedenkopf (CDU)
2. Wahlperiode	1994 - 1999	CDU	Kurt Biedenkopf (CDU)
3. Wahlperiode	1999 - 2004	CDU CDU	Kurt Biedenkopf (CDU) Georg Milbradt (CDU) <sup>194</sup>
4. Wahlperiode	2004 -	CDU, SPD	Georg Milbradt (CDU)

3.13.4. Mitgliederentwicklung der Parteien im Freistaat Sachsen seit 1990<sup>195</sup>

Jahr	CDU	SPD	FDP	B90/Die Grünen <sup>196</sup>	Links- partei.PDS	WASG <sup>197</sup>
1990	- <sup>198</sup>	5.525	25.363	-	71.510	-
1991	32.082	4.713	16.758	-	45.425	-
1992	28.156	4.750	9.666	-	39.876	-
1993	24.517	5.027	7.492	1.000	34.294	-
1994	22.932	5.304	6.635	1.027	32.853	-
1995	21.043	5.178	5.690	1.007	29.910	-
1996	19.205	5.123	4.664	963	27.401	-
1997	18.303	5.200	4.083	978	25.125	-
1998	17.731	5.358	3.719	1.139	24.333	-
1999	17.767	5.280	3.261	1.052	22.281	-
2000	16.630	5.198	2.851	951	20.871	-
2001	16.184	5.133	2.782	876	19.696	-
2002	15.804	5.022	2.746	854	17.572	-

193 Rellecke 2002: 242-244; Election.de 2006n, Kropp 2001: 343

194 Amtsantritt am 18. Februar 2002

195 Niedermayer 2005: 3-7;

196 Bis 1993 war der Landesverband Sachsen nicht Bestandteil des Bundesverbandes-

197 Parteigründung im Jahr 2005

198 Für das 1990 keine exakten Daten vorhanden

2003	15.407	4.759	2.579	875	15.969	-
2004	15.098	4.453	2.484	907	15.280	-
2005	14.622	4.523	2.481	959 199	<sup>200</sup>	263

---

199 Laut Bundesgeschäftsstelle sind die Daten für das Jahr 2005 noch vorläufig.

200 Laut Bundesgeschäftsstelle sind die Daten für das Jahr 2005 noch nicht vorhanden.

### 3.14. Sachsen-Anhalt

#### 3.14.1. Ergebnisse der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt seit 1990<sup>201</sup>

Wahltag	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	B90/ Die Grünen	Linkspartei. PDS	WASG
14.10.1990	65,1 %	39,0 %	26,0 %	13,5 %	5,3 %	12,9 %	-
26.06.1994	54,8 %	34,4 %	34,0 %	3,6 %	5,1 %	19,9 %	-
26.04.1998	71,5 %	22,0 %	35,9 %	4,2 %	3,2 %	19,6 %	-
21.04.2002	56,5 %	37,3 %	20,0 %	13,3 %	2,0 %	20,4 %	-

#### 3.14.2. Ergebnisse der Bundestagswahlen in Sachsen-Anhalt seit 1990<sup>202</sup>

Wahltag	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	B90/ Die Grünen	Linkspartei. PDS	WASG
02.12.1990	72,2 %	38,6 %	24,7 %	19,7 %	5,3 %	9,4 %	-
16.10.1994	70,4 %	38,8 %	33,4 %	4,1 %	3,6 %	18,0 %	-
27.09.1998	77,1 %	27,2 %	38,1 %	4,1 %	3,3 %	20,7 %	-
22.09.2002	68,8 %	29,0 %	43,2 %	7,6 %	3,4 %	14,4 %	-
18.09.2005	71,0 %	24,7 %	32,7 %	8,1 %	4,1 %	26,6 %	-

201 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2005o: 1

202 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2005o: 1; Schorn; von Schwartzberg 2005: 1157

3.14.3. Zusammensetzung der Landesregierungen in Sachsen-Anhalt seit 1990<sup>203</sup>

Wahlperiode	Dauer	Regierungspartei (en)	Ministerpräsident/in
1. Wahlperiode	1990 - 1994	CDU, FDP CDU, FDP CDU, FDP	Gerd Gies (CDU) Werner Münch (CDU) <sup>204</sup> Christoph Bergner (CDU) <sup>205</sup>
2. Wahlperiode	1994 - 1998	SPD, B90/Die Grünen <sup>206</sup>	Reinhard Höppner (SPD)
3. Wahlperiode	1998 - 2002	SPD <sup>207</sup>	Reinhard Höppner (SPD)
4. Wahlperiode	2002 - 2006	CDU, FDP	Wolfgang Böhmer (CDU)

3.14.4. Mitgliederentwicklung der Parteien in Sachsen-Anhalt seit 1990<sup>208</sup>

Jahr	CDU	SPD	FDP	B90/Die Grünen	Links-partei.PDS	WASG <sup>209</sup>
1990	<sup>210</sup>	5.071	24.171	304	43.745	-
1991	22.224	6.897	14.289	300	23.180	-
1992	18.636	5.255	8.394	209	20.984	-
1993	16.595	5.510	7.254	330	19.470	-
1994	15.461	6.207	5.908	480	18.270	-
1995	14.250	6.143	4.688	483	15.726	-
1996	12.567	5.985	3.930	495	13.861	-
1997	11.988	6.021	3.444	523	12.985	-
1998	11.510	6.130	3.222	557	12.107	-
1999	11.445	6.150	2.722	528	11.141	-
2000	10.600	5.870	2.520	459	10.321	-

203 Welz 2002: 256-257; Election.de 2006o; Kropp 2001: 343

204 Amtsantritt am 4. Juli 1991

205 Amtsantritt am 2. Dezember 1993

206 Von der PDS geduldete Minderheitsregierung

207 Von der PDS geduldete Minderheitsregierung

208 Niedermayer 2005: 3-7;

209 Parteigründung im Jahr 2005

210 Für das 1990 keine exakten Daten vorhanden

2001	10.234	5.694	2.498	416	9.658	-
2002	9.961	5.446	2.496	422	8.186	-
2003	9.589	5.145	2.405	433	7.631	-
2004	9.351	4.745	2.343	437	6.585	-
2005	9.405	4.623	2.264	470 211	- <sup>212</sup>	148

---

211 Laut Bundesgeschäftsstelle sind die Daten für das Jahr 2005 noch vorläufig

212 Laut Bundesgeschäftsstelle sind die Daten für das Jahr 2005 noch nicht vorhanden

### 3.15. Schleswig-Holstein

#### 3.15.1. Ergebnisse der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein seit 1990<sup>213</sup>

Wahltag	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	B90/ Die Grünen	Linkspartei. PDS <sup>214</sup>	WASG <sup>215</sup>
05.04.1992	71,4 %	33,8 %	46,2 %	5,6 %	4,9 %	-	-
24.03.1996	71,8 %	37,2 %	39,8 %	5,7 %	8,1 %	-	-
27.02.2000	69,5 %	35,2 %	43,1 %	7,6 %	6,2 %	1,4 %	-
20.02.2005	66,6 %	40,2 %	38,7 %	6,6 %	6,2 %	0,8 %	-

#### 3.15.2. Ergebnisse der Bundestagswahlen in Schleswig-Holstein seit 1990<sup>216</sup>

Wahltag	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	B90/ Die Grünen	Linkspartei. PDS	WASG
02.12.1990	78,6 %	43,5 %	38,5 %	11,4 %	4,0 %	0,3 %	-
16.10.1994	80,9 %	41,5 %	39,6 %	7,4 %	8,3 %	1,1 %	-
27.09.1998	82,4 %	35,7 %	45,4 %	7,6 %	6,5 %	1,5 %	-
22.09.2002	80,7 %	36,0 %	42,9 %	8,0 %	9,4 %	1,3 %	-
18.09.2005	79,1 %	36,4 %	38,2 %	10,1 %	8,4 %	4,6 %	-

213 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2005p: 1

214 Keine Teilnahme an den Landtagswahlen 1992 und 1996

215 Keine Teilnahme an den Landtagswahlen

216 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2005p: 1; Schorn; von Schwartzberg 2005: 1157

3.15.3. Zusammensetzung der Landesregierungen in Schleswig-Holstein seit 1990<sup>217</sup>

Wahlperiode	Dauer	Regierungspartei (en)	Ministerpräsident/in
12. Wahlperiode	1988 - 1992	SPD	Björn Engholm (SPD)
13. Wahlperiode	1992 - 1996	SPD SPD	Björn Engholm (SPD) Heide Simonis (SPD) <sup>218</sup>
14. Wahlperiode	1996 - 2000	SPD, B90/Die Grünen	Heide Simonis (SPD)
15. Wahlperiode	2000 - 2005	SPD, B90/Die Grünen	Heide Simonis (SPD)
16. Wahlperiode	2005 -	CDU, SPD	Peter Harry Carstensen (CDU)

3.15.4. Mitgliederentwicklung der Parteien in Schleswig-Holstein seit 1990<sup>219</sup>

Jahr	CDU	SPD	FDP	B90/Die Grünen	Links-partei.PDS	WASG <sup>220</sup>
1990	35.725	39.111	3.278	1.728		-
1991	34.619	37.813	3.200	1.605	019	-
1992	33.577	36.614	3.179	1.438	022	-
1993	33.171	35.141	3.116	1.498	033	-
1994	33.012	34.448	3.098	1.857	066	-
1995	32.693	32.626	2.924	1.859	064	-
1996	32.315	31.411	2.740	1.923	058	-
1997	32.378	30.457	2.644	1.909	064	-
1998	32.387	30.254	2.612	1.920	127	-
1999	32.802	29.178	2.526	1.668	135	-
2000	31.599	28.475	2.438	1.545	207	-
2001	30.658	27.803	2.478	1.369	199	-

217 Kellmann 2002: 270-271; Election.de 2006p; Kropp 2001: 343

218 Amtsantritt am 19. Mai 1993

219 Niedermayer 2005: 3-7;

220 Parteigründung im Jahr 2005

2002	30.908	27.271	2.645	1.416	199	-
2003	30.456	25.453	2.587	1.406	237	-
2004	29.815	23.569	2.506	1.394	260	-
2005	29.384	22.978	2.449	1.438 221	- <sup>222</sup>	355

---

221 Laut Bundesgeschäftsstelle sind die Daten für das Jahr 2005 noch vorläufig.

222 Laut Bundesgeschäftsstelle sind die Daten für das Jahr 2005 noch nicht vorhanden.

### 3.16. Freistaat Thüringen

#### 3.16.1. Ergebnisse der Landtagswahlen im Freistaat Thüringen seit 1990<sup>223</sup>

Wahltag	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	B90/ Die Grünen	Linkspartei. PDS	WASG <sup>224</sup>
14.10.1990	71,7 %	45,4 %	22,8 %	9,3 %	6,5 %	9,7 %	-
16.10.1994	74,8 %	42,6 %	29,6 %	3,2 %	4,5 %	16,6 %	-
12.09.1999	59,9 %	51,0 %	18,4 %	1,1 %	1,9 %	21,3 %	-
13.06.2004	53,8 %	43,0 %	14,5 %	3,6 %	4,5 %	26,1 %	-

#### 3.16.2. Ergebnisse der Bundestagswahlen im Freistaat Thüringen seit 1990<sup>225</sup>

Wahltag	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	B90/ Die Grünen	Linkspartei. PDS	WASG
02.12.1990	76,4 %	45,2 %	21,9 %	14,6 %	6,1 %	8,3 %	-
16.10.1994	74,9 %	41,0 %	30,2 %	4,1 %	4,9 %	17,2 %	-
27.09.1998	82,3 %	28,9 %	34,5 %	3,4 %	3,9 %	21,2 %	-
22.09.2002	74,8 %	29,4 %	39,9 %	5,9 %	4,3 %	17,0 %	-
18.09.2005	75,5 %	25,7 %	29,8 %	7,9 %	4,8 %	26,1 %	-

223 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2005q. 1

224 Keine Teilnahme an den Landtagswahlen

225 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2005q: 1; Schorn; von Schwartzberg 2005: 1157

3.16.3. Zusammensetzung der Landesregierungen im Freistaat Thüringen seit 1990<sup>226</sup>

Wahlperiode	Dauer	Regierungspartei (en)	Ministerpräsident/in
1. Wahlperiode	1990 - 1994	CDU, FDP CDU, FDP	Josef Duchač (CDU) Bernhard Vogel (CDU) <sup>227</sup>
2. Wahlperiode	1994 - 1999	CDU, SPD	Bernhard Vogel (CDU)
3. Wahlperiode	1999 - 2004	CDU CDU	Bernhard Vogel (CDU) Dieter Althaus (CDU) <sup>228</sup>
4. Wahlperiode	2004 -	CDU	Dieter Althaus (CDU)

3.16.4. Mitgliederentwicklung der Parteien im Freistaat Thüringen seit 1990<sup>229</sup>

Jahr	CDU <sup>230</sup>	SPD	FDP	B90/Die Grünen	Links- partei.PDS	WASG <sup>231</sup>
1990	- <sup>232</sup>	3.355	28.425	417	39.053	-
1991	26.983	5.459	20.950	424	25.301	-
1992	23.808	5.589	7.841	275	17.130	-
1993	21.518	5.592	6.830	350	16.530	-
1994	19.685	6.012	6.138	438	16.137	-
1995	18.180	5.769	5.401	470	14.748	-
1996	17.074	5.656	4.793	471	13.479	-
1997	15.944	5.581	4.114	540	12.740	-
1998	15.436	5.781	3.580	573	12.210	-
1999	15.612	5.857	3.030	564	11.470	-
2000	14.832	5.694	2.639	468	11.002	-
2001	14.040	5.556	2.517	438	10.052	-

226 Peter 2002: 283-286; Election.de 2006q; Kropp 2001: 343

227 Amtsantritt am 5. Februar 1992

228 Amtsantritt am 5. März 2003

229 Niedermayer 2005: 3-7; 

230 Keine exakten Zahlen für das Jahr 1990 vorhanden

231 Parteigründung im Jahr 2005

232 Für das 1990 keine exakten Daten vorhanden

2002	13.552	5.402	2.414	442	9.482	-
2003	13.375	5.132	2.298	453	8.778	-
2004	13.276	4.791	2.208	486	7.768	-
2005	12.808	4.674	2.068	504 233	- <sup>234</sup>	128

---

233 Laut Bundesgeschäftsstelle sind die Daten für das Jahr 2005 noch vorläufig.

234 Laut Bundesgeschäftsstelle liegen noch keine Daten für das Jahr 2005 vor.

#### 4. Zusammenfassung

Bei der Betrachtung der Entwicklungen bei den Bundes- und Landtagswahlen, den Zusammensetzungen der Bundes- und Landesregierungen sowie der Mitgliedschaften seit 1990 lässt sich als Hauptergebnis festhalten, dass den Unionsparteien in Deutschland derzeit eine dominante Rolle zukommt. Seit Ende der neunziger Jahre, als die SPD sowohl auf Länderebene als auch auf Bundesebene eine führende Rolle im parlamentarischen System der Bundesrepublik innehatte, hat sich die Machtperspektive für die Partei kontinuierlich verschlechtert. Die FDP ist vorwiegend in den alten Ländern in den Parlamenten vertreten und an insgesamt fünf Landesregierungen beteiligt. Bündnis 90/Die Grünen befinden sich momentan in der Situation, sowohl auf Bundesebene als auch in allen 16 Parlamenten Oppositionspartei zu sein. Eine derartige Situation hat es für die Partei seit 1990 nicht gegeben. Die Linkspartei.PDS ist derzeit in allen Parlamenten Ostdeutschlands vertreten und im Deutschen Bundestag als viertstärkste Kraft in Fraktionsstärke vertreten. Die noch junge WASG ist bisher noch in keinem Landtag vertreten. Sie verfügt allerdings im Rahmen der Linksfraktion über Abgeordnete im Deutschen Bundestag.

Die Unionsparteien stellen mit Angela Merkel (CDU) die Bundeskanzlerin in der Großen Koalition von CDU, CSU und SPD. Elf der 16 Ministerpräsidenten gehören den Unionsparteien an: Günter Oettinger (CDU) in Baden-Württemberg, Edmund Stoiber (CSU) in Bayern, Ole von Beust (CDU) in Hamburg, Roland Koch (CDU) in Hessen, Christian Wulff (CDU) in Niedersachsen, Jürgen Rüttgers (CDU) in Nordrhein-Westfalen, Peter Müller (CDU) im Saarland, Georg Milbradt (CDU) in Sachsen, Wolfgang Böhmer (CDU) in Sachsen-Anhalt, Peter Harry Carstensen (CDU) in Schleswig-Holstein und Dieter Althaus (CDU) in Thüringen. Außer in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz sind die Unionsparteien an allen Landesregierungen in Deutschland beteiligt.

Die SPD hat mit Klaus Wowereit in Berlin, mit Harald Ringstorff in Mecklenburg-Vorpommern, Mathias Platzeck in Brandenburg, mit Jens Böhrnsen in Bremen sowie mit Kurt Beck in Rheinland Pfalz fünf Regierungschefs in ihren Reihen. Dies ist die geringste Regierungsrepräsentanz in den Ländern für die SPD seit der Deutschen Einheit. Insgesamt ist die Partei an sieben Landesregierungen beteiligt. Von 1999 bis 2005 verlor die SPD alle ihre bisherigen absoluten Mehrheiten in den Ländern. Zudem, beginnend mit Hessen im Jahr 1999, verlor die rot-grüne Bundesregierung bis zum Mai 2005 – der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen – in den Ländern alle rot-grünen Regierungen. Eine derartige Situation hat es für eine Koalition auf Bundesebene in der Bundesrepublik bisher noch nicht gegeben.

Von den kleineren Parteien ist die FDP derzeit am stärksten an Landesregierungen beteiligt. Sie ist Regierungspartner in fünf Bundesländern, davon in vier Koalitionen mit der CDU (Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt) und in einer Koalition mit der SPD (Rheinland-Pfalz). Bündnis 90/Die Grünen und die WASG sind in keiner Landesregierung vertreten. Die Linkspartei.PDS ist Regierungspartner in Koalitionen mit der SPD in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern.

Bei den politischen Zusammensetzungen der Länderregierungen stehen die Länder mit Alleinregierungen der Union zum gegenwärtigen Zeitpunkt an erster Stelle. Dazu gehören die fünf Alleinregierungen der Unionsparteien in Bayern (CSU), in Hamburg (CDU), in Hessen (CDU), im Saarland (CDU) und in Thüringen (CDU). Daneben gibt es jeweils vier Große Koalitionen zwischen CDU und SPD (in Bremen, Brandenburg, Sachsen und Schleswig-Holstein) sowie vier CDU/FDP-Landesregierungen (in Baden-Württemberg, in Niedersachsen, in Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen). Ein Regierungsbündnis aus SPD und Linkspartei.PDS existiert derzeit in zwei Ländern (in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern). Eine Regierung aus SPD und FDP gibt es in Rheinland-Pfalz.

Das derzeitige Übergewicht der Union im Bereich der Landesregierungen bildete sich während der Regierungszeit der Koalition von Bündnis 90/Die Grünen auf Bundesebene heraus, als sich die Union im Bund in der Opposition befand. Eine ähnliche Entwicklung zugunsten der SPD hatte sich in den neunziger Jahren ereignet, als es der noch bis zum Jahr 1998 im Bund in der Opposition stehenden Partei gelang, Regierungsmehrheiten in zuvor von der CDU regierten Ländern zu bilden. In Hessen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Hamburg, dem Saarland, und Nordrhein-Westfalen gelang es dagegen der Union seit 1999, zuvor von der SPD regierte Länder durch unionsgeführte Landesregierungen abzulösen. In Schleswig-Holstein und Brandenburg muss die SPD zudem die Regierungsmacht mit der Union seit 2005 bzw. 1999 teilen. Im zuerst genannten Land wurde ein Christdemokrat im Rahmen einer Großen Koalition Ministerpräsident. Umgekehrt musste die Union seit Herbst 1998 in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern die Regierungsverantwortung zugunsten der Sozialdemokratie abgeben sowie in Sachsen die SPD an einer von ihr geführten Landesregierung beteiligen.

Auf Bundesebene stellt die Union mit Frau Merkel die Bundeskanzlerin. Allerdings sind seit 1990 die Ergebnisse der Union stets deutlich unter der 40-Prozent-Marke geblieben. Sie gehören zu den schlechtesten Wahlergebnissen, die die Union seit 1949 in Deutschland erzielte. Ebenfalls seit 1998 gibt es in Deutschland keine parlamentarische Mehrheit mehr für eine Koalition aus CDU, CSU und FDP. Bei den Bundestagswahlen 2005 wurde die Union lediglich in Bayern (CSU), in Baden-Württemberg (CDU), in Rheinland-Pfalz (CDU) und in Sachsen (CDU) stärkste Partei bei den Zweitstimmen auf Landesebene. In zwölf Ländern lag die SPD bei den gültigen Zweitstim-

men vor den Unionsparteien. Derzeit existiert keine bürgerliche Mehrheit in Deutschland im Deutschen Bundestag.<sup>235</sup>

Seit 1990 haben die Parteien in Deutschland, mit Ausnahme von Bündnis 90/Die Grünen und mit Einschränkungen bei der CSU, einen insgesamt starken Mitgliederrückgang zu verzeichnen. Im Jahr 1991 - als erstmals bei der CDU die ostdeutschen Landesverbände in der zentralen Mitgliederstatistik enthalten waren - besaßen CDU, CSU, SPD, FDP, Grüne und PDS zusammen fast 2.205.000 Mitglieder. Im Jahr 2004 – bei dem über alle Parteien exakte Daten im Mitgliederbestand vorliegen – waren es noch fast 1.528.000 Mitglieder. Der Rückgang insgesamt betrug in absoluten Zahlen rund 677.000 Mitglieder. Das waren 30 Prozent weniger als im Jahr 2004. Prozentual überdurchschnittlich verloren PDS, FDP und SPD. Die CDU liegt ein wenig unter dem Durchschnitt. Die Verluste der CSU betragen weniger als 10 Prozent.

Die SPD ist in Deutschland mit rund 590.000 Mitgliedern (Stand 2005) die Partei mit dem größten Mitgliederbestand. Allerdings hat die SPD nur noch in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg sowie in Hessen und im Saarland mitgliederstärkere Landesverbände als die CDU. In den neuen Ländern ist die SPD mit Ausnahme Berlins nach CDU und Linkspartei.PDS dritte Kraft bei den Mitgliedschaften. Nach der SPD folgen die CDU mit annähernd 572.000 Mitgliedern (Stand 2005), die CSU mit rund 170.000 Mitgliedern (Stand 2005), die FDP mit rund 65.000 Mitgliedern (Stand 2005), die Linkspartei.PDS mit rund 61.000 Mitgliedern (Stand 2004), Bündnis 90/Die Grünen mit mehr als 45.000 Mitgliedern (vorläufiger Stand 2005) sowie die WASG mit fast 11.600 Mitgliedern (Stand 2005). Mit Ausnahme von Berlin, Bremen und dem Saarland sind die FDP-Landesverbände stärker als die von Bündnis 90/Die Grünen. Die Landesverbände der WASG sind in den alten Ländern stärker als die Landesverbände der Linkspartei.PDS.

Die CSU nimmt im bundesdeutschen Parteiensystem in ihrer Doppelfunktion als bayrische Landespartei und bundesweit agierende Partei eine besondere Rolle ein. Im Zeitraum seit 1990 hat es die CSU als einzige Partei in Deutschland auf Länderebene vermocht, alle Landtagswahlen mit absoluten Mehrheiten zu gewinnen. Bei den Wahlgängen in den Jahren 1990, 1994, 1998 und 2003 konnte die CSU stets über 50 Stimmen der abgegebenen gültigen Stimmen erzielen. Bei der letzten Landtagswahl 2003 erreichte die CSU unter Ministerpräsident Stoiber mit 60 Prozent der Stimmen das zweitbeste Ergebnis in der Geschichte der CSU in Bayern und im Parlament die einzige Zweidrittel-Mehrheit einer Regierungsfraktion in Deutschland. Allerdings nahm insbesondere seit Ende neunziger Jahre auch im Freistaat die Volatilität der Wähler zu. Die höhere Wechselbereitschaft der Wähler und die Abnahme der Stammwählerschaften der Parteien betrifft auch die erfolgsverwöhnte CSU. Bisher vermochte es die Partei stets, zumin-

---

235 Neue Zürcher Zeitung vom 20.09.2005

dest was die Landtagswahlen anging, das veränderte Wählerverhalten zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Die seit mehreren Jahrzehnten vorherrschende Dominanz der CSU im Parteiensystem des Freistaates galt auch in den vergangenen 15 Jahren. Der Organisationsgrad der CSU ist der höchste von allen Parteien in Deutschland. Die Mitgliederverluste der Partei waren seit 1990 mit deutlich weniger als 10 Prozent im Gegensatz zu den anderen Parteien in Bayern, gerade im Vergleich mit der bayerischen SPD, unterdurchschnittlich. Mit ihrer breiten Mitgliederbasis hat die CSU rund 80.000 Mitglieder mehr als alle anderen Parteien im Freistaat zusammen.

Die Rolle der CSU in ihrer Funktion als Bundespartei im Zeitraum von 1990 ist von unterschiedlichen Entwicklungen geprägt. Von 1990 bis 1998 war die CSU unter Bundeskanzler Kohl Mitglied in einer Koalition mit CDU und FDP. Sie stellte in den christlich-liberalen Bundeskabinetten jeweils vier bis fünf Minister. Von 1998 bis 2005 befand sich die CSU zusammen mit der CDU in der Opposition auf Bundesebene. Mit der Bildung der Großen Koalition von CDU, CSU und SPD unter Bundeskanzlerin Angela Merkel ist die CSU wieder Regierungspartei in Berlin geworden, allerdings als drittstärkste Kraft innerhalb der Koalition. CDU und SPD verfügen bereits zusammen über die absolute Mehrheit der Sitze im Parlament. Innerhalb des Bundeskabinetts stellt sie zwei Bundesminister.

Mit der Deutschen Einheit und der Vergrößerung des Wahlgebietes nahm der Anteil der für die CSU abgegebenen Stimmen an den in Deutschland insgesamt abgegebenen Stimmen deutlich ab. Lag er in den achtziger Jahren in der alten Bundesrepublik der CSU-Anteil regelmäßig im Zehn-Prozent-Bereich, so sank er in den neunziger Jahren in Gesamtdeutschland - mit Ausnahme der Bundestagswahl 2002 - auf unter acht Prozent. Bei den fünf Bundestagswahlen seit 1990 erreichte die CSU bei drei Wahlgängen über 50 Prozent der Stimmen in Bayern. Bei der Bundestagswahl 2002, bei der der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber gemeinsamer Kanzlerkandidat der Unionsparteien war, erreichte die CSU mit über 58 Prozent eines der besten Ergebnisse ihrer Geschichte. Allerdings fiel die Partei bei den vergangenen drei Wahlgängen – 1998 und 2003 – jeweils zwei Mal unter die Fünfzig-Prozent-Marke. Es waren mit die schlechtesten Ergebnisse der CSU auf Bundesebene seit den fünfziger Jahren. Im 16. Deutschen Bundestag ist die CSU nach SPD, CDU, FDP, Linkspartei.PDS und Bündnis 90/Die Grünen sechststärkste Kraft im Parlament. Auch diese Situation hat es vor und seit 1990 für die CSU noch nicht gegeben.

## 5. Literaturverzeichnis

- Abendroth, Elisabeth; Böhme, Klaus (2002). Hessen. Drei Hessen unter einem Hut, in: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.). Die Deutschen Länder. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Opladen, S.133-148.
- Alemann, Ulrich von (2001). Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- [REDACTED]
- [REDACTED]
- Bündnis 90/Die Grünen-Bundesgeschäftsstelle (2006b). Der Weg zu Bündnis 90/Die Grünen: 1991-1993 [http://www.gruene-partei.de/cms/gruene\\_work/rubrik/0/241.199193.htm](http://www.gruene-partei.de/cms/gruene_work/rubrik/0/241.199193.htm) [Stand: 22.02.2006].
- [REDACTED]
- [REDACTED]
- Der Bundeswahlleiter (2005a). Endgültiges Ergebnis der Bundestagswahl 2005 [http://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahl2005/ergebnisse/bundesergebnisse/b\\_tabelle\\_99.html](http://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahl2005/ergebnisse/bundesergebnisse/b_tabelle_99.html) [Stand: 22.02.2006].
- Der Bundeswahlleiter (2005b). Endgültiges Ergebnis der Bundestagswahl 2002 [http://www.bundeswahlleiter.de/wahlen/bundestagswahl2002/deutsch/ergebnis2002/btw2002/index\\_btw2002.htm](http://www.bundeswahlleiter.de/wahlen/bundestagswahl2002/deutsch/ergebnis2002/btw2002/index_btw2002.htm) [Stand: 22.02.2006].
- Der Bundeswahlleiter (2006a). Endgültiges Ergebnis Bundestagswahl 1998 - Bundesgebiet [http://www.bundeswahlleiter.de/wahlen/ergeb98/d/t/bun999\\_02.htm](http://www.bundeswahlleiter.de/wahlen/ergeb98/d/t/bun999_02.htm) [Stand: 22.02.2006].
- Der Bundeswahlleiter (2006b). Ergebnisse der Wahl zum 12. Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990 <http://www.bundeswahlleiter.de/wahlen/ergebalt/d/t/bt-int90.htm> [Stand: 22.02.2006].
- Election.de (2006a). Bundestagswahlen und Bundesregierungen seit 1949 <http://www.btw05.de/> [Stand: 22.02.2006].
- Election.de (2006b). Wahlen und Regierungen in Baden-Württemberg seit 1952 <http://www.election.de/> [Stand: 22.02.2006].
- Election.de (2006c). Wahlen und Regierungen in Bayern seit 1945 <http://www.election.de/> [Stand: 22.02.2006].
- Election.de (2006d). Wahlen und Regierungen in Berlin seit 1945 (1948 bis 1989 nur West-Berlin) <http://www.election.de/> [Stand: 22.02.2006].
- Election.de (2006e). Wahlen und Regierungen in Brandenburg seit 1990 <http://www.election.de/> [Stand: 22.02.2006].

- Election.de (2006f). Wahlen und Regierungen in Bremen seit 1945 <http://www.election.de/> [Stand: 22.02.2006].
- Election.de (2006g). Wahlen und Regierungen in Hamburg seit 1945 <http://www.election.de/> [Stand: 22.02.2006].
- Election.de (2006h). Wahlen und Regierungen in Hessen seit 1945 <http://www.election.de/> [Stand: 22.02.2006].
- Election.de (2006i). Wahlen und Regierungen in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990 <http://www.election.de/> [Stand: 22.02.2006].
- Election.de (2006j). Wahlen und Regierungen in Niedersachsen seit 1945 <http://www.election.de/> [Stand: 22.02.2006].
- Election.de (2006k). Wahlen und Regierungen in Nordrhein-Westfalen seit 1945 <http://www.election.de/> [Stand: 22.02.2006].
- Election.de (2006l). Wahlen und Regierungen in Rheinland-Pfalz seit 1945 <http://www.election.de/> [Stand: 22.02.2006].
- Election.de (2006m). Wahlen und Regierungen im Saarland seit 1955 <http://www.election.de/> [Stand: 22.02.2006].
- Election.de (2006n). Wahlen und Regierungen in Sachsen seit 1990 <http://www.election.de/> [Stand: 22.02.2006].
- Election.de (2006o). Wahlen und Regierungen in Sachsen-Anhalt seit 1990 <http://www.election.de/> [Stand: 22.02.2006].
- Election.de (2006p). Wahlen und Regierungen in Schleswig-Holstein seit 1949 <http://www.election.de/> [Stand: 22.02.2006].
- Election.de (2006q). Wahlen und Regierungen in Thüringen seit 1990 <http://www.election.de/> [Stand: 22.02.2006].
- Fahrenholz, Peter. Die erschütterte Kathedrale, in: Süddeutsche Zeitung vom 20.09.2005.
- 
- Feldkamp, Michael F. (2005), unter Mitarbeit von Birgit Ströbel. Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1994-2003, Baden-Baden [www.bundestag.de/bic/dbuch/index.html](http://www.bundestag.de/bic/dbuch/index.html) [Stand: 22.02.2006].
- Grube, Dieter (2002). Rheinland-Pfalz. Vom armen Retortenbaby zum selbstbewussten Mittelland, in: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.). Die Deutschen Länder. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Opladen, S.195-209.
- Hanns-Seidel-Stiftung e.V.. Chronologie zur Geschichte der CSU 1945 – 2004 <http://www.hss.de/downloads/CSU-Chronologie0501.pdf> [Stand: 22.02.2006].
- Hoffmann, Hansjoachim (2002). Berlin. Bundesland und wieder Hauptstadt, in: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.). Die Deutschen Länder. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Opladen, S.67-90.
- Hoffmann, Peter (2002). Niedersachsen. Zwischen Ems und Elbe, zwischen Harz und Meer, in: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.). Die Deutschen Länder. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Opladen, S.167-180.

- Jellonnek, Burkhard (2002). Das Saarland, in: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.). Die Deutschen Länder. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Opladen, S.211-231.
- Kellmann, Klaus (2002). Schleswig-Holstein. „Op ewig ungedeelt“ in: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.). Die Deutschen Länder. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Opladen, S.261-275.
- Kießling, Andreas (2004). Zustand und Perspektiven der CSU, in: Zehetmaier (Hrsg.). Das deutsche Parteiensystem. Perspektiven für das 21. Jahrhundert, Wiesbaden. S.87-103.
- Kießling, Andreas (2005a). Erfolgsfaktoren der CSU. Kompetitive Kooperation von Machtzentren als Bedingung für Selbstregenerationfähigkeit und Geschlossenheit, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Heft 2, S.373-393.
- Kießling, Andreas (2005b). Zwischen Jamaika und Bayerischem Wald. Analyse der Bundestagswahl 2005 in Bayern, 19.09.2005, Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P) Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft <http://www.cap-lmu.de/aktuell/positionen/2005/jamaica.php> [Stand: 22.02.2006].
- Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (2005a). Wahlergebnisse seit 1946. Bundestagswahlen; Landtagswahlen; Europawahlen. Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der Bundestags- und Europawahlen 1949–2002 [http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/btw\\_euw.pdf](http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/btw_euw.pdf) [Stand: 01.02.2006].
- Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (2005b). Wahlergebnisse seit 1946. Bundestagswahlen; Landtagswahlen; Europawahlen. Baden-Württemberg [http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/tab\\_bw.pdf](http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/tab_bw.pdf) [Stand: 22.02.2006].
- Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (2005c). Wahlergebnisse seit 1946. Bundestagswahlen; Landtagswahlen; Europawahlen. Bayern [http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/tab\\_ba.pdf](http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/tab_ba.pdf) [Stand: 22.02.2006].
- Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (2005d). Wahlergebnisse seit 1946. Bundestagswahlen; Landtagswahlen; Europawahlen. Berlin [http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/tab\\_be.pdf](http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/tab_be.pdf) [Stand: 22.02.2006].
- Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (2005e). Wahlergebnisse seit 1946. Bundestagswahlen; Landtagswahlen; Europawahlen. Brandenburg [http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/tab\\_bb.pdf](http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/tab_bb.pdf) [Stand: 22.02.2006].
- Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (2005f). Wahlergebnisse seit 1946. Bundestagswahlen; Landtagswahlen; Europawahlen. Bremen [http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/tab\\_br.pdf](http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/tab_br.pdf) [Stand: 22.02.2006].
- Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (2005g). Wahlergebnisse seit 1946. Bundestagswahlen; Landtagswahlen; Europawahlen. Hamburg [http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/tab\\_hh.pdf](http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/tab_hh.pdf) [Stand: 22.02.2006].
- Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (2005h). Wahlergebnisse seit 1946. Bundestagswahlen; Landtagswahlen; Europawahlen. Hessen. [http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/tab\\_he.pdf](http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/tab_he.pdf) [Stand: 22.02.2006].
- Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (2005i). Wahlergebnisse seit 1946. Bundestagswahlen; Landtagswahlen; Europawahlen. Mecklenburg-Vorpommern [http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/tab\\_mv.pdf](http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/tab_mv.pdf) [Stand: 22.02.2006].

- Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (2005j). Wahlergebnisse seit 1946. Bundestagswahlen; Landtagswahlen; Europawahlen. Niedersachsen [http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/tab\\_ns.pdf](http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/tab_ns.pdf) [Stand: 22.02.2006].
- Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (2005k). Wahlergebnisse seit 1946. Bundestagswahlen; Landtagswahlen; Europawahlen. Nordrhein-Westfalen [http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/tab\\_nrw.pdf](http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/tab_nrw.pdf) [Stand: 22.02.2006].
- Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (2005l). Wahlergebnisse seit 1946. Bundestagswahlen; Landtagswahlen; Europawahlen. Rheinland-Pfalz [http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/tab\\_rp.pdf](http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/tab_rp.pdf) [Stand: 22.02.2006].
- Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (2005m). Wahlergebnisse seit 1946. Bundestagswahlen; Landtagswahlen; Europawahlen. Saarland [http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/tab\\_sl.pdf](http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/tab_sl.pdf) [Stand: 22.02.2006].
- Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (2005n). Wahlergebnisse seit 1946. Bundestagswahlen; Landtagswahlen; Europawahlen. Sachsen [http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/tab\\_sa.pdf](http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/tab_sa.pdf) [Stand: 22.02.2006].
- Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (2005o). Wahlergebnisse seit 1946. Bundestagswahlen; Landtagswahlen; Europawahlen. Sachsen-Anhalt [http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/tab\\_sa-a.pdf](http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/tab_sa-a.pdf) [Stand: 22.02.2006].
- Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (2005p). Wahlergebnisse seit 1946. Bundestagswahlen; Landtagswahlen; Europawahlen. Schleswig-Holstein [http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/tab\\_sh.pdf](http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/tab_sh.pdf) [Stand: 22.02.2006].
- Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (2005q). Wahlergebnisse seit 1946. Bundestagswahlen; Landtagswahlen; Europawahlen. Thüringen [http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/tab\\_th.pdf](http://www.kas.de/upload/wahlen/wahlergebnisse/tab_th.pdf) [Stand: 22.02.2006].
- Kost, Andreas (2002). Nordrhein-Westfalen. Vom Land aus der Retorte zum „Wirkgefühl“, in: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.). Die Deutschen Länder. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Opladen, S.181-194.
- Kropp, Sabine (2001). Koalitionsbildungen in Bund und Ländern – Verfahren, Institutionalisierungsprozesses und Gewinnverteilungen, in: Gabriel, Oskar W., Niedermayer, Oskar; Stöss, Richard (Hrsg.). Parteiendemokratie in Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, S.340-359.
- Künzel, Werner (2002). Brandenburg. Vom Kernland Preußens zum größten der neuen Länder, in: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.). Die Deutschen Länder. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Opladen, S.91-107.
- Kuhn, Heinrich-Christian (2002). Mecklenburg-Vorpommern. Gemeinsamkeiten trotz unterschiedlicher Geschichte, in: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.). Die Deutschen Länder. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Opladen, S.149-166.
- Kutz-Bauer, Helga (2002). Freie und Hansestadt Hamburg. Stadt der Superlative, in: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.). Die Deutschen Länder. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Opladen, S.121-131.
- Linkspartei.PDS-Bundesgeschäftsstelle (2005). Die Parteitage der Linkspartei.PDS. Außerordentliche Tagung des 9. Parteitages der PDS, 17. Juli 2005, Berlin, Fragen und Antworten. Ein FAQ zu den Konsequenzen aus der Namensänderung [http://sozialisten.de/partei/parteitag/pt09at/view\\_html?zid=28778&bs=1&n=4](http://sozialisten.de/partei/parteitag/pt09at/view_html?zid=28778&bs=1&n=4) [Stand: 24.02.2006].

- Linkspartei.PDS-Bundesgeschäftsstelle (2006). Mitgliederzahlen der Linkspartei.PDS für das Jahr 2004.  <http://www.sozialisten.de/partei/daten/statistiken/mitglieder.htm> [Stand: 22.02.2006].
- März, Peter (2002). Freistaat Bayern. Ein Fünftel Deutschlands, in: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.). Die Deutschen Länder. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Opladen, S.35-66.
- Mintzel, Alf (2000). CSU, in: Andersen, Uwe; Woyke, Wichard. Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik. Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn. [http://www.bpb.de/wissen/06532279325907562120301802692109,1,0,CSU\\_Christlich\\_sociale\\_Union.html#art1](http://www.bpb.de/wissen/06532279325907562120301802692109,1,0,CSU_Christlich_sociale_Union.html#art1) [Stand: 22.02.2006].
- Neu, Viola (2000). Am Ende Hoffnung: Die PDS im Westen, Sankt Augustin, Nr. 10 der Broschürereihe „Zukunftsforum Politik“, herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. [http://www.kas.de/db\\_files/dokumente/zukunftsforum\\_politik/7\\_dokument\\_dok\\_pdf\\_170\\_1.pdf](http://www.kas.de/db_files/dokumente/zukunftsforum_politik/7_dokument_dok_pdf_170_1.pdf) [Stand: 22.02.2006].
- Niedermayer, Oskar (2005). (Dokumentation) Parteimitglieder seit 1990: Version I/2005, Freie Universität Berlin, S.1-37. Online-Version: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/dokumente/PDF/mitglied.pdf> [Stand: 22.02.2006].
- Peter, Antonio (2002). Im Herzen Deutschlands, in: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.). Die Deutschen Länder. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Opladen, S.277-288.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2006). Die Bundesregierung. [http://www.bundesregierung.de/Anlage924163/Druckversion\\_Bundeskabinett.pdf](http://www.bundesregierung.de/Anlage924163/Druckversion_Bundeskabinett.pdf) [Stand: 22.02.2006].
- Rellecke, Werner (2002), Freistaat Sachsen, in: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.). Die Deutschen Länder. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Opladen, S.233-249.
- Scherer, Michael (2002). Freie Hansestadt Bremen. Ein Bundesland – Zwei Städte, in: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.). Die Deutschen Länder. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Opladen, S.109-120.
- Schorn, Karina; Schwartzberg, Margitta von (2005). Endgültiges Ergebnis der Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 19. September 2005, in: Statistisches Bundesamt. Wirtschaft und Statistik 11/2005, S. 1153-1167, Wiesbaden <http://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahl2005/downloads/endgueltigesergebnisderbundestagswahl2005.pdf> [Stand: 22.02.2006].
- 
- Wehling, Hans-Georg (2002). Baden-Württemberg. Nach Gestalt und Traditionen von großer Vielfalt, in: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.). Die Deutschen Länder. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Opladen, S.17-33.
- Welz, Wilfried (2002). Sachsen-Anhalt. Das Land „mittendrin“, in: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.). Die Deutschen Länder. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Opladen, S.251-259.
- Wiesendahl, Elmar (2006). Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion, Wiesbaden.

- Woyke, Wichard (2005). Stichwort Wahlen: Ein Ratgeber für Wähler, Wahlhelfer und Kandidaten, Wiesbaden.